

vom Ratsbüro genehmigt
am: 10. September 2003

PROTOKOLL

der **12.** Sitzung
vom Dienstag, 2. September 2003
17.00 - 19.40 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Ernst Spengler (SVP) Präsident 2003

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Paul Bösch (OeBS)
Herbert Distel (CVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 45 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Christoph Schlatter (SP)
Urs Tanner (SP)
Brigitte Oechslin (OeBS)
Hans Peter Huber (SVP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Lotti Winzeler (OeBS)

Entschuldigt für den Schluss der Sitzung: Stadtpräs. M. Wenger
Stadtrat K. Schönberger

Traktanden:

- 1. VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung,
Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat** **Seite 431**
- 2. VdSR - Tempo-30-Zone Quartier Winkelried** **Seite 449**
- 3. MOTION Esther Bänziger (SP) Familienzentrum Schaffhausen** **Seite 454**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

09.04.02	VdSR - Platzgestaltung Herrenacker	SPK
20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
07.01.03	VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
21.01.03	VdSR - Projektentwicklung Areal Kiefer/Landhaus Baurechtsbedingungen	SPK
18.02.03	VdSR - Quartier- und Begegnungszentrum in Herblingen; zur Verfügungstellung einer Liegenschaft und Beitrag der Stadt an die An- und Umbaukosten	SPK
18.02.03	VdSR - Motionen Dr. Othmar Schwank: "Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit" und Iren Eichenberger: "Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige"	SPK
(04.03.03)	Ersatzwahl in den Steuerungsausschuss WoV für den Rest der Amtsdauer 2001/2004	
08.04.03	VdSR Ergänzung der städt. Taxiverordnung vom 28. Okt. 1997	GPK
06.05.03	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons SH	SPK
20.05.03	VdSR - Überführung des Tagesschulversuches in eine definitive Lösung	SPK
27.05.03	VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 900 m2 der städt. Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal" im Baurecht an Marianne Weber und Markus Häberli, Kunstschaffende, Unterstadt 6, Schaffhausen	GPK
27.05.03	VdSR - Erweiterung der Baurechtsparzelle GB Nr. 10'968 auf GB Nr. 8564, "Merishausertal", im Umfang von ca. 580 m2 der Fa. Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, SH	GPK
05.08.03	VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 2'600 m2 der städt. Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal", im Baurecht an die Transportunternehmung Ulrich Brandenberger, Ebnatstrasse 141, Schaffhausen	GPK
19.08.03	VdSR - GB Nr. 11'138, Abgabe einer Teilfläche von 632 m2 im Baurecht an den Verein "Schönhalde", Schaffhausen	GPK
12.08.03	VdSR - Neubau und Sanierung des Alters- u. Pflegeheims der Stiftung Schönbühl, Beteiligung der Stadt Schaffhausen	SPK
12.08.03	MOTION Roland Schöttle (FDP) - Städt. Fahrzeuge mit Erdgasantrieb	
02.09.03	INTERPELLATION Esther Bänziger (SP) - Wer wohnt im Bienenhaus?	

**Kleine Anfragen von
Roland Schöttle (FDP)**

	Anpassung der Geschäftsführung der Stadt SH auf ev. sinkende Steuereinnahmen	26.05.03	15/2003
Peter Neukomm (SP)	Auswirkungen der Taggeldkürzung (ALV)	03.06.03	16/2003
Peter Neukomm (SP)	Entschädigung aus Altglassammlung	29.07.03	17/2003
Raphaël Rohner (FDP)	Auswirkungen der Sparmassnahmen des Bundes	11.08.03	18/03
Roland Schöttle (FDP)	Einfluss des Grossprojektes "Georg Fischer" im vorderen Mühllental auf den "Richtplan Parkierung" für den Altstadtbereich	05.08.03	19/2003
Peter Neukomm (SP)	Städtische Vertretung in der Pensionskasse	12.08.03	20/2003
Urs Tanner (SP)	Gratis-Busse bei zu hoher Ozonbelastung während der Rush-hour	14.08.03	21/2003

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung,
Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR vom 23. Sep. 2002 bzw. den Bericht der SPK vom 26. Juni 2003 gut und stimmt den Anträgen der Kommission in der Schlussabstimmung mit **41 : 0 Stimmen** wie folgt zu:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 23. September 2002 und vom Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 26. Juni 2003 betreffend Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat.
2. Der Beschluss über Einführung von fünf Vollämtern für den Stadtrat (Änderung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Stadtverfassung, Hauptvorschlag) wird genehmigt.
3. Der Beschluss über die Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat auf ein Vollamt und vier 80%-Pensen (Änderung der Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Variante) wird genehmigt.
4. Die beiden Beschlüsse werden den Stimmberechtigten nach den Verfahren gemäss Art. 13bis der Stadtverfassung (Hauptvorschlag und Variante, mit Stichentscheid) zur Abstimmung unterbreitet.
5. Der Grosse Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten die Annahme beider Beschlüsse und die Bevorzugung des Hauptvorschlages in der Stichfrage.

Ein Gegenantrag von Peter Wullschleger (CVP) zu Ziffer 2 und 3 der Kommissionsanträge lautete wie folgt:

Ziffer 2: Artikel 27 Abs. 1, 2 und 3 der Verfassung der Einwohnergemeinde Schaffhausen vom 4. August 1918 wird wie folgt geändert:

Artikel 27

- 1) Der Stadtrat besteht aus dem Stadtpräsidenten bzw. der Stadtpräsidentin und drei Mitgliedern.
- 2) Die Mitglieder wirken vollamtlich.
- 3) Der Stadtpräsident oder die Stadtpräsidentin und die weiteren Mitglieder (..... = wie im Hauptvorschlag)

Dieser Gegenantrag unterliegt der Kommissionsfassung mit **1 : 41 Stimmen**.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - Tempo-30-Zone Quartier Winkelried

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR vom 24. Juni 2003 sowie deren Anträge mit **40 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrates vom 24. Juni 2003 über die Einführung einer Tempo-30-Zone im Quartier Winkelried zu.

2. Der Grosse Stadtrat genehmigt dazu einen Kredit über Fr. 10'000.-- zugunsten Konto 6200.314.044, Verkehrsberuhigungen, Winkelriedstrasse, Rechnung 2003.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 MOTION Esther Bänziger (SP) Familienzentrum Schaffhausen

Die Motion wird von der Motionärin begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Überweisung der Motion mit 23 zu 21 Stimmen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Ernst Spengler (SVP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:

Ratsausflug vom Dienstag, 9. September 2003

Die An- bzw. Abmelde-Frist 2. September 03 läuft heute ab. Die ausstehenden Meldungen können heute Abend Hanspeter Pletscher, Ratsweibel, noch nachgereicht werden.

Hinweis: Besammlung um 13.00 h beim Salzstadel, da infolge niedrigen Wasserstandes die Fahrt mit dem MS Albatros erfolgt.

Neu eingegangene Ratsgeschäfte:

27.05.03 VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 900 m2 der städt. Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal" im Baurecht an Marianne Weber und Markus Häberli, Kunstschaaffende, Unterstadt 6, Schaffhausen

27.05.03 VdSR - Erweiterung der Baurechtsparzelle GB Nr. 10'968 auf GB Nr. 8564, "Merishausertal", im Umfang von ca. 580 m2, der Firma Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, Schaffhausen

05.08.03 VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 2'600 m2 der städt. Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal", im Baurecht an die Transportunternehmung Ulrich Brandenberger, Ebnatstrasse 141, Schaffhausen

19.08.03 VdSR - GB Nr. 11'138, Abgabe einer Teilfläche von 632 m2 im Baurecht an den Verein "Schönhalde", Schaffhausen

Das Büro schlägt dem Rat vor, diese vier BR-Geschäfte usanzgemäss in der GPK vorberaten zu lassen.

Roland Schöttle (FDP) Votum

R. Schöttle hat ursprünglich erwogen, zu beantragen, es sei das letzt genannte BR GB Nr. 11'138 - Abgabe an den Verein "Schönhalde" - jener SPK zur Vorberatung zuzuweisen, welche die Vorlage "Neubau und Sanierung des Alters- u. Pflegeheims der Stiftung Schönbühl" zu beraten hat, weil die Herkunft des Grundstückes von der ursprünglich gleichen Parzelle bzw. vom gleichen Besitzer stammt. Der Votant verzichtet auf einen Antrag und erklärt sich mit der Zuweisung an die GPK einverstanden. "Allerdings erlaube ich mir hier die Bemerkung an die GPK, dies auch unter dem Gesichtspunkt schlussendlich der Gemeinsamkeit der Bedeutung des Geschäftes zu beurteilen."

Kein Gegenantrag - folglich sind die erwähnten vier BR-Geschäfte der GPK zur Vorberatung zugewiesen.

12.08.03 VdSR - Neubau und Sanierung des Alters- u. Pflegeheims der Stiftung Schönbühl, Beteiligung der Stadt Schaffhausen

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft einer 13er SPK zur Vorberatung zuzuweisen. Einladende Partei ist die SVP.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Zusammensetzung:

SP: Mehmet Ertogrul, Christian Hablützel, Peter Käppler, Käthi Tanner
 FDP/CVP: Roland Schöttle, Raphaël Rohner, Dieter Amsler, Christian Bächtold
 SVP/EDU: Christian Meister, Werner Schlatter, Ernst Spengler
 OeBS/EVP/EDU: Lotti Winzeler, Alfons Cadario
 1. Sitzung: 22. Oktober 2003, 17.30 Uhr

12.08.03 MOTION Roland Schöttle (FDP) - Städt. Fahrzeuge mit Erdgasantrieb

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.

**02.09.03 INTERPELLATION Esther Bänziger (SP) -
 Wer wohnt im Bienenhaus?**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.

Kleine Anfragen - Neueingänge

17 Peter Neukomm (SP)	Entschädigung aus Altglassammlung	29.07.03
18 Raphaël Rohner (FDP)	Auswirkungen der Sparmassnahmen des Bundes	11.08.03
19 Roland Schöttle (FDP)	Einfluss des Grossprojektes "Georg Fischer" im vorderen Mühlental auf den "Richtplan Parkierung" für den Altstadtbereich	05.08.03
20 Peter Neukomm (SP)	Städtische Vertretung in der Pensionskasse	12.08.03
21 Urs Tanner (SP)	Gratis-Busse bei zu hoher Ozonbelastung während der Rush-hour	14.08.03

Beantwortet wurden vom SR mit Datum 05.08.03 bzw. 19.08.03 die Kleinen Anfragen von

13 Iren Eichenberger (OeBS)	Jugendleitbild vermisst vom 05.05.03
14 Rolf Amstad (SP)	Polizeipräsenz in den Quartieren der Stadt SH vom 19.05.03

Verhandlungsbereite Geschäfte:

20.05.03 VdSR - Überführung des Tagesschulversuches in eine definitive Lösung

Zu diesem Geschäft haben die Ratsmitglieder eine modifizierte Vorlage und geänderte Anträge der SPK erhalten.

08.04.03 VdSR - Ergänzung der städt. Taxiverordnung vom 28. Okt. 1997

Zu dieser Vorlage gibt es geänderte Anträge der GPK, welche den Ratsmitgliedern zugestellt wurden.

Beide Geschäfte werden auf der Traktandenliste der Sitzung vom 16. September 03 figurieren.

Überdies wurden den Ratsmitgliedern folgende Informationen z.K. zugestellt:

- **18.08.03 Bericht von Roland Schöttle (FDP) zum Geschäftsverlauf der ETAWATT Schaffhausen AG**
- **Jahresbericht 02 der SPITEX**
- **Jahresbericht 02 der KSS**
- **Personal-Info**

PROTOKOLL

Das **Ratsprotokoll Nr. 11 vom 1. Juli 03** ist vom Ratsbüro geprüft und genehmigt worden. Es liegt heute zur Einsichtnahme beim Ratssekretär auf. Anmerkungen werden keine angebracht.

Tagesordnung

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

Traktandum 1 VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat

EINTRETENSDEBATTE

Diese Vorlage wurde in einer 15er SPK vorberaten.

Roland Schöttle (FDP) Präsident SPK *

"Mit seiner Vorlage vom 23. September 2002 hat der Stadtrat eine Änderung der Stadtverfassung beantragt, mit der er den seit 1980 gültigen Status über die Besetzung der Stadtratsmandate mit zwei Vollämtern und drei Halbämtern verändern will. Dabei hat er dem Grossen Stadtrat den Ausbau auf 2 Vollämter wie bisher und die Erweiterung der 3 übrigen Stadtratsmitglieder auf 80 Stellenprozente vorgeschlagen. Somit eine Veränderung von bisher gesamthaft 350 Stellenprozente auf neu 440 Stellenprozente.

Der Grosse Stadtrat hat zur Vorberatung dieses Geschäftes eine 15-er Spezialkommission eingesetzt, in die seitens der Fraktionen die folgenden Kolleginnen und Kollegen delegiert waren (in alphabetischer Reihenfolge):

Dieter Amsler	(FDP)	Christian Meister	(SVP)
Christian Bächtold	(FDP)	Peter Möller	(GB)
Esther Bänziger	(SP)	Peter Neukomm	(SP)
Alfons Cadario	(EVP)	Roland Schöttle	(FDP)
Bernhard Egli	(OeBS)	Urs Tanner	(SP)
Josef Eugster	(SVP)	Peter Wullschleger	(CVP)
Hans Ith	(SVP)	Alfred Zollinger	(SVP)
Peter Kämpfer	(SP)		

Die Kommission hat das Geschäft in der Zeit vom 25. November 2002 bis zum 26. Juni 2003 in 5 Sitzungen beraten. Seitens der Stadt waren Stadtpräsident Marcel Wenger und Stadtschreiber Christian Schneider an jeder Sitzung anwesend.

Die lange geschichtliche Entwicklung, welche die Exekutiv-Führung der Stadt Schaffhausen in den letzten 200 Jahren genommen hat, ist der informativen Vorlage des Stadtrates zu entnehmen, deren Kenntnis ich bei Ihnen voraussetze und deshalb auf die Wiederholung verzichte. Bedeutend für unser vorliegendes Geschäft ist die aktuelle Situation, wie wir sie heute zu bewältigen haben.

Eine im Jahr 1990 vom Grossen Stadtrat mit 41 : 4 Stimmen überwiesene Motion Thomas Spengler zur Wiedereinführung der ehemaligen 5 Vollämter, die damals schon mit der unbefriedigenden Situation um die reduzierten Stadtratsmandate begründet war, führte zu einer entsprechenden Vorlage des Stadtrates an den Grossen Stadtrat, der diese dann mit 38 : 0 Stimmen zu Handen einer Volksabstimmung positiv verabschiedet hatte. Aber der Souverän stimmte dieser Vorlage am 2. Juli 1991 mit 7421 Nein zu 6717 Ja relativ knapp nicht zu und verlangte die Weiterführung der heute noch gültigen Pensenregelung.

Allerdings blieb der Grosse Stadtrat, aus Erfahrungen in der praktischen Zusammenarbeit mit dem Stadtrat auch nachfolgend der Meinung, dass diese Lösung im Interesse der Stadt langfristig unbefriedigend sei, weshalb das Problem sehr bald wieder zum Thema wurde. So kam es im Jahr 1999 bereits wieder zu Gesprächen zwischen dem Stadtrat, dem Büro des Grossen Stadtrats und den im Grossen Stadtrat vertretenen Parteien zur Suche nach einem gemeinsamen Nenner und Weg, um die aus vielen Gründen unbefriedigende Lösung zu verbessern. Es war damals der Stadtrat, welcher aus seinen politischen Überlegungen die Meinung vertrat, eine Veränderung mit dem Ziel von 1 x 100 % und 4 x 80 % sei eine umsetzbare und anzustrebende Lösung, der sich auch die SP, CVP und die OeBS anschlossen. Demgegenüber vertraten die bürgerlichen Parteien FDP und SVP die Meinung, eine Erhöhung der Mandate auf 5 x 100 % müsse richtigerweise das Ziel bleiben. Der Stadtrat entschied damals dann auf die Konkretisierung des Begehrens erst für die Zeit in der Legislaturperiode 2000 bis 2004, was zu der heute zur Behandlung anstehenden Vorlage vom 23. September 2002 geführt hat.

Der Stadtrat argumentiert zu Recht, dass durch die aktuelle Zeit des strukturellen Wandels auf allen Stufen in unserem Land, von den Betroffenheiten der Kommunen aus den neuen Regelungen in den bilateralen Verträgen mit der EU, über die Neuregelungen der finanziellen Ausgleichs zwischen Bund und Kantonen mit Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden, bis zu den aktuellsten Strukturveränderungen in den direkten Beziehungen und Aufgabenverteilungen zwischen Kanton und Städten und Gemeinden auch im Kanton Schaffhausen, eine

wachsende Last von Führungsaufgaben auf den Stadtrat zugekommen ist und weiterhin zukommt. Veränderungen, die nicht mehr mit den Führungsstrukturen wie sie in den letzten 20 Jahren zur Verfügung gestanden haben, zufriedenstellend bewältigt werden können. Der Stadtrat hat dies in seiner Vorlage sowohl in Beschreibungen als auch in Statistiken ausgewiesen, die wir alle zur Kenntnis genommen haben, und aus unserer eigenen Zusammenarbeit mit dem Stadtrat auch selber sehr gut nachempfinden können. Das Begehren des Stadtrates ist unzweifelhaft begründet und legitimiert ihn zu seiner Vorlage.

Wahrscheinlich nicht fehlender Mut, sondern die eigene Einschätzung der politischen Ausgangslage nach der negativen Volksabstimmung von 1991, sowie der Respekt vor diesem Erlass des Souveräns, hat den Stadtrat dazu bewogen, in seiner Vorlage nicht den Vorschlag auf Erhöhung der Stadtratsmandate auf 5 x 100 % zu machen, sondern lediglich eine solche von 2 x 100% und 3 x 80 % in Vorschlag zu bringen. Zudem wollte er damit im Hinblick auf die schnell wachsenden Aufgaben für den Stadtrat aus den geschilderten Strukturveränderungen eine möglichst verzugslose Verbesserung anstreben, und sprach dazu sogar von einer Übergangslösung im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen aus den Projekten zur Aufgabenteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton und den Gemeinden unter sich, wie sie im Projekt SH-auf und anderen Projekten zur Zeit intensiv diskutiert und auch zur Umsetzung angestrebt werden.

Dieser stadträtlichen Meinung gegenüber vertrat die Spezialkommission in ihrer zwei Sitzungen dauernden Eintretensdebatte jedoch sehr bald die klare Auffassung, es sei eine Vollbesetzung der Stadtratsmandate mit 100 %-ig zur Verfügung stehenden Stadträtinnen und Stadträten anzustreben, wobei dabei mit Ausnahme eines Kommissionsmitgliedes, das 4 Vollämter in Vorschlag brachte, alle von 5 Vollämtern ausgingen. Einerseits war es die Unehrllichkeit des Widerspruchs zwischen Entschädigungen für die halbamtlichen Stadträte im Vergleich zur effektiven zeitlichen Beanspruchung, die von ihnen verlangt wird, andererseits waren es die Forderungen an die Stadträte auf einen vollen Einsatz im Interesse unserer Stadt, die in der Kommission zu dieser Meinung führten. Eintreten auf die Vorlage wurde mit 13 : 0 Stimmen bei 2 Abwesenheiten beschlossen. Die entsprechende andere Bemerkung von 10 Ja, 3 Enthaltungen und zwei Abwesenheiten auf Seite 1 des SPK-Berichts ist falsch und wird von mir hiermit richtig gestellt.

In der anschliessenden, drei Sitzungen dauernden Detailberatung der Vorlage, wurden von verschiedenen Kommissionsmitgliedern viele, ebenfalls denkbare Varianten zur Zusammensetzung des Stadtrates mit unterschiedlichen Pensen zur Diskussion gebracht. Ein starker gedanklicher Begleiter dabei war vielfach ebenfalls der absolute Respekt vor dem ablehnenden Volksentscheid von 1991, den die Kommission immer vor Augen hatte. Demgegenüber stand allerdings immer, und das noch gewichtiger, die unveränderte Ansicht über die heute dringend nötigen Veränderungen der heute halbamtlichen Stadtrats-Pensen. Es wundert deshalb nicht, dass innerhalb der Kommission als Symbiose zwischen der erkannten Notwendigkeit auf Anpassung der Stellenkapazität und dem Respekt vor der bisherigen Meinung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Idee einer Variantenabstimmung aufgelegt wurde, mit der man einerseits in aller Offenheit die aus Sicht der Spezialkommission richtige Lösung auf 5 x 100 % in erster Priorität zur Volksabstimmung unterbreiten und andererseits aber auch eine reduzierte Lösung mit 1 x 100 % und 4 x 80 % als Alternative in Vorschlag bringen kann.

Die Spezialkommission will damit den Eindruck verhindern, es werde von ihr der Volksentscheid negiert bzw. ungebührlich strapaziert.

Speziell erwähnen will ich auch die Forderung der SPK dazu, dass jede Anpassung der Stellenkapazität der Stadtratsmandate auf die städtische Rechnung eine kostenneutrale Auswirkung haben müsse. Dabei ist sie allerdings der Meinung, dass der Weg zur Erreichung dieser Auflage dem Stadtrat nicht im Detail vorgeschrieben werden soll, sondern ihm dafür ein Zeitraum von 2 Jahren, d.h. bis Ende 2006 zur Verfügung stehe, in welchem er diesen Nachweis zu erbringen habe. Damit wird vom Stadtrat erwartet, seine erhöhte Kapazität auf der Führungsseite für eine strukturelle und organisatorische Verbesserung der Verwaltungsabläufe zu nutzen, um die entstehenden Mehrkosten von entweder 150 oder von 70 Stellenprozenten zu kompensieren. Es ist dabei auch zur Kenntnis genommen worden, dass der Stadtrat mit seiner von ihm angestrebten, dem Kommissionsbericht beigefügten neuen Führungs- und Aufgabenstruktur auf 12 Leistungsbereiche statt der bisherigen Struktur mit 35 Einheiten, durchaus darüber hinaus gehende Kosteneinsparungen erzielen will.

Die bereits erwähnten Diskussionen über weitere Möglichkeiten der Pensen-Zusammensetzung waren geprägt von der ernsthaften Bemühung aller Kommissionsmitglieder zur Erarbeitung einer wirklich umsetzbaren Lösung. Es wurden dabei viele Hintergrundüberlegungen eingebracht und erwogen, die Einfluss genommen haben auf den Gesamtentscheid der Kommission. Speziell erwähnen will ich den Vorschlag von Kollege Peter Wullschleger, der bereits zu Beginn der Kommissionsarbeit die Meinung vertreten hat, eine Variante von neu 4 Stadträten mit je 100 % Pensum wäre allen anderen Möglichkeiten vorzuziehen. Er hat dafür auch einen organisatorischen Vorschlag für eine Neuverteilung der stadträtlichen Aufgaben abgegeben und umfassende Erklärungen dazu gemacht. Dieser Vorschlag wurde aber von der Kommission nach Diskussion aus verschiedenen Gründen, wie Schwierigkeit der gewichtsmäßigen Gleichverteilung aller Mandate auf 4 Personen, Bewältigung des in der Vorlage definierten Arbeitsvolumens auf 4 Stadträte, schwierige Mehrheitsfindung in einem Gremium mit vier Entscheidungsträgern, Verminderung der Chancen kleinerer Parteien für die Beteiligung an der Exekutiv-Politik, Einzelbelastung der Stadträte in ausseramtlichen Verpflichtungen, usw. abgelehnt. Allerdings hat Grossstadtrat Wullschleger seinen Vorschlag aufrechterhalten und sich der Kommissionsmeinung nicht angeschlossen, was zum Schlussabstimmungsresultat von 14 Ja zu 1 Nein geführt hatte.

Wenn ich Ihnen das sage, spreche ich jetzt von dem Ihnen vorliegenden Papier "Bericht und Anträge der SPK vom 26. Juni 2003", indem Ihnen ergänzend zur stadträtlichen Vorlage ein Kommissionsvorschlag, und alternativ zu den stadträtlichen Anträgen vom 23. September 2002 neue Anträge unterbreitet werden. Die SPK hat sich nach ausgiebiger Diskussion und über den Stadtpräsidenten und den Stadtschreiber in Abstimmung mit dem Stadtrat dafür entschieden, Ihnen für die Weiterführung des Geschäfts zur Vorlage in die Volksabstimmung, den Vorschlag einer Variantenabstimmung zu unterbreiten. Diese soll einerseits die Stimmabgabe zu 5 x 100 % und andererseits zu 1 x 100 % und 4 x 80 % zulassen und für den Fall der Annahme beider Varianten, mit der Beantwortung einer Stichfrage zum Entscheid führen. Klammerbemerkung: (Dieses Vorgehen wird gemäss Stadtverfassung dann möglich sein, wenn die am kommenden Sonntag anstehende Volksabstimmung auf

Anpassung der Stadtverfassung im Sinne der neuen Kantonsverfassung vom Volk angenommen wird, was mit grosser Wahrscheinlichkeit vorausgesetzt werden darf).

Die Kommission ist davon überzeugt, mit ihrem Vorschlag den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern einerseits das Bedürfnis auf den notwendigen Ausbau von 5 x 100 % auszuweisen und dies in erster Priorität offen zu beantragen, andererseits ihnen gleichzeitig aber auch die Alternative zu bieten, dem Stadtrat mehr Kapazität zu geben, aber nicht in einem Schritt auf die Vollpensen zu wechseln. Ich bin davon überzeugt, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen unseren Bericht und unsere Anträge vom 26. Juni 2003 gründlich gelesen haben und verzichte deshalb auf die Wiederholung von Aussagen daraus.

Ich darf abschliessend meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Spezialkommission ausdrücklich danken für die sachbezogene Zusammenarbeit und die Bemühungen um das Finden einer umsetzbaren Lösung. Ausgehend von der Überzeugung aller, dass die heutige Praxis der Stadtratsmandate aus vielen Gründen immer unbefriedigender ist und dringend nach einer Änderung verlangt, war die ganze Arbeit von einer immer lösungsorientierten Zielsetzung geprägt. Dies kam genauso zum Ausdruck in der sehr guten Zusammenarbeit mit Stadtpräsident Marcel Wenger und damit indirekt auch mit dem übrigen Stadtrat, und speziell in der fachkompetenten und objektiven Unterstützung, die wir von Stadtschreiber Christian Schneider bekommen hatten. Ich möchte Ihnen allen dafür danken.

Ich hoffe, dass es uns mit der Kommissionsarbeit gelungen ist, Sie liebe Ratskolleginnen und -kollegen von unserem Lösungsvorschlag zu überzeugen, den wir Ihnen im Verhältnis von 14 zu 1 Stimme unterbreiten. Wenn wir hier im Rat auch eine klare Mehrheit dafür finden, haben wir mit einer deutlichen Aussage dann auch in der notwendigen Volksabstimmung die beste Chance, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von einer dringend notwendigen Erhöhung der Stellenkapazität für den Stadtrat zu überzeugen."

Roland Schöttle (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Zum Schluss darf ich Ihnen im Namen der Fraktion FDP/CVP mitteilen, dass wir grossmehrheitlich auf die Vorlage eintreten und den Anträgen der SPK zustimmen werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit."

Peter Käppler (SP) Fraktionserklärung *

"Zu behaupten, dass Politikerinnen und Politiker im Volke hoch angesehen seien, wäre wohl daneben gegriffen. Vielmehr werden sie oft als notwendiges Übel betrachtet; sie werden zwar gewählt und machen dann sowieso alles falsch. Allgemein wird vermutet, dass die politisch Aktiven hauptsächlich um ihr Eigenwohl besorgt seien und weniger um das Wohl des Volkes, frei nach dem Volksmund „die mached jo sowieso was wänd“.

Nun, denken denn wirklich alle Leute so? Nein, es gibt noch ein paar mutige Frauen und Männer in einer Spezialkommission zu Schaffhausen, die sogar davon überzeugt sind, dass PolitikerInnen und namentlich jene des Schaffhauser Stadtrates mehr verdienen, als sie heute bekommen. Da bleibt natürlich die Frage, ob diese Leute noch bei Trost seien, wird denn von ihnen die allgemeine Grosswetterlage nicht beachtet?

Die Gemeindeverfassung in Neuhausen, die städtische Abstimmung über die Schulratspensen, die Kantonsratsverkleinerung in Luzern, die Gehälterkürzungen in anderen Exekutiven hierzulande gehen in eine andere Richtung. Warum soll denn ausgerechnet in Schaffhausen Alles anders sein, und hat sich die Ausgangslage nach der letzten Volksabstimmung für eine Wiedereinführung der Vollämter so drastisch geändert?

Diese Fragen waren, wenn auch nicht zuvorderst, doch irgendwie im Hinterkopf vieler Mitglieder bei der Kommissionsarbeit. Denn die Überzeugung, dass das heutige Vollamt- / Halbamtssystem unseres Stadtrates untauglich ist, hatten eigentlich alle Mitglieder der Kommission; insofern war auch ein klarer Wille erkennbar, eine tragbare Lösung zu finden. Als Ratsmitglieder, die oft mit unseren Exekutivmitgliedern zu tun haben, kennen wir deren Arbeitssituation und wissen auch, dass eine gute Führung keine halben Sachen duldet. In dieser Lagebeurteilung herrschte in der Kommission Einigkeit, wie auch darin, dass die stadträtliche Vorlage als zu wenig weitgehend erachtet wurde, wobei für letzteres auch Verständnis da ist, denn es ist immer heikel, in eigener Sache eine Vorlage vorstellen zu müssen. Die Kommission hat den Stadtrat aus dieser Lage ein wenig befreit, indem die jetzt zur Beratung vorliegende Kommissionsvorlage in wesentlichen Punkten verbessert oder gar verändert wurde. Diese in der Kommission realisierten Verbesserungen sind auch der Grund, warum die SP Fraktion nun zustimmen kann und die einstimmige Unterstützung signalisiert.

Wichtige Voraussetzungen für die SP, um einer Vorlage für die Erhöhung der Stadtratspensen zustimmen zu können, waren:

- Die Strukturen der Stadtverwaltung müssen verbessert werden, und es muss sichergestellt sein, dass die zusätzlichen Pensen für die Führungsarbeit des Stadtrates verwendet werden.
- Die Pensen müssen so aneinander angeglichen sein, dass eine gleichmässige Verteilung der Arbeit des Stadtrates und eine Rotation innerhalb des Stadtrates möglich ist.
- ein einziger Abstimmungstermin für die Wahl des Stadtrates muss realisierbar sein.
- Es sollte keine Übergangslösung oder Personen bezogene Lösung geben.
- Es muss die Durchsetzbarkeit in der Volksabstimmung möglich gemacht werden.

Diese Punkte waren nach unserer Ansicht in der ursprünglichen stadträtlichen Vorlage nur ungenügend berücksichtigt. Im Rahmen der guten Kommissionsarbeit konnten sie aber eingebracht werden, und die jetzt vorliegende Kommissionsvorlage entspricht unseren Vorstellungen. Ich möchte an dieser Stelle dem Kommissionspräsidenten Roland Schöttle für seine umsichtige Führung und den Kommissionsmitgliedern für die offene und konstruktive Zusammenarbeit danken. Sehr wertvoll war auch die Mitarbeit von Stadtschreiber Chr. Schneider, welcher kompetent die notwendigen juristischen Abklärungen getroffen hatte und auch den Link zur gleichzeitig beratenen Vorlage der Änderung der Stadtverfassung gewährleistete.

Die SP tritt für einen starken Stadtrat ein, er soll wieder das politische Führungsgremium unserer Stadt sein und deren Interessen aktiv und erfolgreich im Kanton, Bund und in der Region vertreten.

Wir wollen, dass sich der Stadtrat im Projekt sh auf gewinnbringend zu Gunsten unserer Stadt einsetzen kann, wenn es um die Aufgabenteilung und den Lastenausgleich geht.

Wir wollen, dass sich der Stadtrat aktiv und voraus denkend um die Führung der Referate kümmern kann. Dafür braucht er die notwendige Zeit und Luft zum Atmen und Denken, denn der Stadtrat soll nicht zum Befehlsempfänger der Chefbeamten verkümmern, sondern Taktgeber für diese sein.

Und nicht zu vergessen: Mit der Einführung von WoV wird die Führung anspruchsvoller und intensiver, auch hier werden unsere "Exekutivler" gefordert.

Aus diesen Gründen gibt es für uns nur eine Lösung für ganze Führungsarbeit und die heisst 5 x 100 %.

Es gibt keine Begründung, warum ein derart komplexer Führungsjob wie ein Stadtratsamt als Nebenamt oder Teilzeitjob angeboten werden kann. Hier beugt sich die SP, die ja eigentlich sehr für Job Sharing und Teilzeitarbeit einsteht, der Realität, denn ab einer gewissen Führungsstufe sind Teilzeitjobs Wunschdenken und nicht umsetzbar. Ich kenne keinen Betrieb in der Privatwirtschaft, der von einem Chef und ein paar Teilzeitangestellten geführt wird, oder können Sie sich vorstellen, dass bei +GF+ ein Teil der Direktion nur 50%-Jobs hätte?

Trotzdem können die Strukturen der Stadtverwaltung verbessert werden, und es ist für uns unabdingbar, dass Reformen kommen müssen, ob mit oder ohne WoV. Hier erwarten wir, dass der Stadtrat seine Führungsarbeit wahrnimmt und die versprochenen Verbesserungen an die Hand nimmt. Hier entstehen auch Optimierungsmöglichkeiten, welche die Lohnkosten für die Pensenerhöhung kompensieren können. Zudem erwarten wir, dass der SR seine Referate so organisiert, dass die zusätzlichen Pensen auch wirklich für die Führungsarbeit verwendet werden.

Die SP erwartet, dass mit der Angleichung der fünf Pensen eine gleichmässigerer Verteilung der Arbeit des Stadtrates ermöglicht wird. Auch wird eine Rotation innerhalb des Gremiums einfacher werden, was aus unserer Sicht durchaus Sinn macht.

Ein wichtiger Vorteil dieser Vorlage entsteht auch für uns Parteien. Gestatten Sie mir auch als Parteipräsident sozusagen aus Eigeninteresse für diese Vorlage zu werben. Die Stadtratswahl, welche dank der Motion unseres verstorbenen Ratskollegen Bruno Merlo immerhin von ehemals drei auf zwei Wahlgänge verkürzt wurde, kann neu in einem Wahlgang getätigt werden. Ein Vorteil für die WählerInnen, die Parteien und die betroffenen Personen, der nicht zu verachten ist. Zudem können wir davon ausgehen, dass es für die Parteien einfacher werden wird, KandidatInnen zu finden, wenn sie von einem anständigen Salär ausgehen können.

Die 5 x 100 % sind ausgewiesen und gut begründet. Ein Teil der Kommission befürchtete, mit dieser Maximalforderung, welche in der letzten Volksabstimmung gescheitert war, erneut keine Chancen zu haben und befürwortete die Variante 1 x 100, 4 x 80 %. Wir von der SP könnten natürlich auch mit einer solchen Entscheidung der StimmbürgerInnen leben, erfüllt sie doch die von uns geforderten Kriterien der Organisation und des Wahlprozederes weitgehendst.

Aber machen wir uns keine Illusionen, diese Variante wäre im Prinzip dasselbe wie 5 x 100 %, einfach als Billiglohnvariante...

Wir sind sicher, dass wir mit einem einheitlichen Auftritt des Rates und der Parteien - wenn es uns gelingt aufzuzeigen, wie die Arbeit des Stadtrates und der Stadtverwaltung in Zukunft verbessert werden kann, und was die Stadt mit einem gestärkten Stadtrat erreichen kann - die StimmbürgerInnen überzeugen können, für eine Erhöhung der Stadtratspensen einzustehen. Welche Variante sie wählen, das überlassen wir dem Souverän. Wir werden uns dabei für die Vorlage und die Variante 5 x 100 % einsetzen und hoffen, Sie liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen mit im Boot zu haben.

Die SP Fraktion empfiehlt Ihnen, auf die Kommissionsvorlage einzutreten und den Anträgen zuzustimmen. Besten Dank."

Josef Eugster (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Nachdem im Sommer 1999 die Diskussionen über die Stadtratspensen wieder in Gang gesetzt wurden, haben wir nach gut vier Jahren eine Vorlage auf dem Tisch, die mich persönlich nicht in allen Teilen befriedigt.

Ich werde nicht auf alle Details eingehen; diese haben wir vom Kommissionspräsidenten sehr ausführlich gehört. Das werden bestimmt weitere Redner tun. Für mich ist vor allem unbefriedigend, dass, nachdem sich ausnahmslos alle Kommissionsmitglieder für 100 %-Pensen ausgesprochen haben, wir nun dem Souverän (Stimmbürger) eine Auswahlendung vorlegen.

Dabei ist positiv zu werten, dass die dringend erforderlichen 100 %-Pensen als Hauptvorschlag aufgenommen wurden.

Die Variante 1 x 100 und 4 x 80 % ist für mich nach wie vor keine Lösung.

Wenn wir eine starke Exekutive wollen, ist das nur möglich, wenn sich die betreffenden Personen zu 150 % für dieses Amt einsetzen können.

Ich werde trotz dem unguuten Gefühl diese Vorlage unterstützen und hoffe, dass der Souverän das Vorgehen des Parlamentes richtig wertet.

Im Weiteren kann ich Ihnen mitteilen, dass die SVP/EDU-Fraktion der Vorlage zustimmen wird."

Alfons Cadario (EVP) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Die Wiedereinführung von 5 Vollämtern im Stadtrat hat eine lange Leidensgeschichte. In einer Euphorie wurde die heutige Lösung aufgrund einer vom Stimmvolk gutgeheissenen Initiative 1980 in Kraft gesetzt. Bald zeigte sich, dass sich die Ämterzusammenlegung mit dem Kanton und anderen Gemeinden nicht so schnell verwirklichen liess, und deshalb keine Entlastung, sondern durch viele neue Aufgaben zusätzliche Belastung brachte. So arbeiten heute alle halbamtlichen Stadtratsmitglieder weit über dem 50%-Pensum.

Der Ausbau des bisherigen Halbämter-Systems zu 80%-Pensen wird als Übergangsregelung empfunden und weist eine zu geringe Kapazitätssteigerung auf. Bei Beibehaltung zweier Vollämter erschwert es - wie bereits heute - den Referatswechsel, deshalb sollte diese Variante nicht eingeführt werden.

Der Einsatz der Stadtratsmitglieder mit den erhöhten Pensen für politisch-strategische Aufgaben muss deutlich zum Ausdruck gebracht und kommuniziert werden. Es muss mehr Zeit für die Anliegen der Bevölkerung inkl. Vertiefung der Medienarbeit resultieren. Die für die Stadt Schaffhausen überlebenswichtigen Projekte wie sh-auf, Strukturreform WoV, Agglomerations-Projekt, Projekt "Modellregion Schaffhausen/Neuhausen plus" müssen intensiv verfolgt und mitgestaltet werden. Ebenso sollten die Aufgaben der Stadtratsmitglieder und Chefbeamten inkl. deren Kompetenzen überprüft werden und die SR-Mitglieder von Bagatellfällen und Routinearbeiten entlastet werden.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion legt den grossen Stellenwert nicht auf die Kostenneutralität. Es ergab sich schon keine Diskussion bezüglich der Gehaltsliste der Stadtratsmitglieder.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird den Anträgen der SPK zustimmen."

Peter Wullschleger (CVP) Votum

"Ich spreche als dissidenter Parlamentarier - und im Wissen, dass ich wohl mit wehenden Fahnen untergehen werde, habe ich - wie Sie sehen - schon gar keine Fahne mitgenommen.

Mit seiner Vorlage stellt der Stadtrat die bedeutende Frage: "Wie soll die städtische Exekutive strukturiert sein, um effizient arbeiten und die Stadt Schaffhausen nicht nur zu verwalten, sondern aktiv regieren zu können?" Weder der stadträtliche Vorschlag, noch die Anträge der Spezialkommission sind aber meines Erachtens die richtigen Antworten auf diese Frage.

Ich bin zwar bereit, zu akzeptieren, dass die heutige Halbämterregelung unbefriedigend und nicht mehr zeitgemäss ist. Für halbherzige Veränderungen, wie das bei 2x100% + 3x80% bzw. 1 x 100% und 4x80% der Fall wäre, fehlt mir das Verständnis, ganz zu schweigen von der Luxusvariante 5x100%.

Dennoch plädiere ich aus folgenden Gründen für eine Anpassung der Stadratspensen: Eine Exekutive sollte aus gleichwertigen Mitgliedern bestehen und die Mitglieder sollten auch gerecht, d.h. gleich behandelt werden. Beides ist mit der heutigen Regelung nicht gewährleistet. Auch wenn de jure die halbamtlichen Stadtratsmitglieder das gleiche Stimmrecht haben wie die vollamtlichen, dürfte sich de facto ein Übergewicht der vollamtlichen Stadträte ergeben, sind sie doch nur schon kraft ihrer zeitlichen Präsenz stärker in die Belange der Verwaltung eingebunden. Nur wenn sich die nebenamtlichen Exekutivmitglieder über ihr ordentliches Pensum hinaus engagieren, kann ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden, was aber zu einer salärmässigen Ungerechtigkeit führt. Und dass sich die nebenamtlichen Mitglieder des Stadtrates bereits heute über das ihnen zugestandene Pensum hinaus für die Interessen der Stadt einsetzen, darf als erhärtet betrachtet werden.

Dieser Ungereimtheit dadurch begegnen zu wollen, dass einfach die Pensen in dieser oder jener Form angepasst und erhöht werden, greift aber zu kurz. Eine solche, lineare Massnahme wird jedenfalls einem zentralen Grundsatz der Organisationslehre nicht gerecht.

Der Grundsatz lautet „people follows structure“ und meint, dass in einer Organisation zuerst sinnvolle Strukturen zu schaffen sind, bevor Leute mit Positionen betraut werden. Dieser Grundsatz lässt sich ohne weiteres auf die öffentliche Verwaltung übertragen. Und in dieser Hinsicht fehlt es der Vorlage des Stadtrates an Substanz. Es findet sich zwar allerlei Historisches, viel Statistisches und einiges an Vergleichendem, aber die zentrale Frage, wie die Verwaltung optimal organisiert werden könnte, wird nicht einmal gestreift. Im Rahmen der Kommissionsberatungen habe ich mit einem Arbeitspapier auf diesen Punkt aufmerksam gemacht. Interessanterweise hat sich auch der Stadtrat anlässlich seiner diesjährigen Klausurtagung mit der Frage nach einer neuen Führungs- und Aufgabenstruktur befasst und hat uns aufgezeigt, dass er zu einer ähnlichen Lösung gelangt ist, wie ich. Nur die Schlussfolgerungen sind offensichtlich verschieden. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass die vom Stadtrat bezeichneten 12 Leistungsbereiche 4 Referaten zugewiesen werden sollten, um die entsprechenden Synergien zu erhalten. Es wären dies

- das Finanz- und Präsidialreferat (mit Finanzen, Sicherheit, Personal, internen Diensten und Stabsstellen),
- das Referat Bildung und Kultur,
- das Referat Infrastruktur (mit Bau, Stadtentwicklung, Energie und öffentlichem Verkehr) und
- das Sozialreferat (mit Einwohnerdiensten, Heime und Sozialem).

Aufgrund dieser Überlegung gelange ich zum Fazit, dass ein Stadtrat mit 4 vollamtlichen Mitgliedern die logische Antwort ist auf die ursprüngliche Frage. Diese Lösung vermag auf jeden Fall verschiedensten Kriterien zu genügen:

- Sie wäre von allen Änderungsvorschlägen die günstigste und wohl sofort kostenneutral.
- Sie wäre eine politisch sinnvolle, könnten doch SVP, FDP, SP einen Stadtratssitz für sich beanspruchen und die kleinen sich um den vierten rangeln.
- Ein Vierergremium fällt mit 4:0 oder 3:1 klare Entscheidungen; eine 2:2-Situation mit Stichentscheid des Präsidenten dürfte die Ausnahme sein.
- Sie wäre Beweis dafür, dass der Stadtrat Wandel nicht nur von den „Kleinen“ fordert, sondern beispielhaft vorlebt. Als Angestellter der öffentlichen Hand würde ich jedenfalls nicht einsehen, weshalb auf meine Funktion verzichtet werden kann, der Stadtrat seine Pensen aber grosszügig ausbaut.
- Sie wäre WoV-kompatibel.
- Sie wäre gerecht. Allfällige Differenzen der einzelnen Geschäftslasten könnten über Repräsentationsaufgaben, vermehrte Mitarbeit in übergeordneten Projekten, Vertretung der Stadt in Gremien usw. ausgeglichen werden.
- Sie wäre der erste Meilenstein in der Umsetzung der Motion „Gesunde und attraktive Finanzen“.
- Sie wäre auch für diejenigen akzeptabel, die eigentlich der Meinung sind, dass drei vollamtliche Exekutivmitglieder für Schaffhausen genügen bzw. die heutige Regelung belassen werden sollte.
- Sie ist nicht exotisch: die erfolgreiche Stadt Zug leistet sich auch nur vier Stadträte. (Hinweis der Redaktion: dies wird später berichtigt; Zug hat zwar nur 400 Stellenprozente, jedoch aufgeteilt auf 5 Stadtratsmitglieder)

Ich mache mir keine Illusionen. Nachdem ich weder die Spezialkommission, noch die Fraktion von den Chancen meines Vorschlages überzeugen konnte, wird mir das mit dem Plenum auch nicht gelingen.

Im Wissen um die Vielen, welche mit den „offiziellen“ Vorschlägen nicht einverstanden oder wenig glücklich sind, möchte ich dennoch eine Alternative in die Diskussion einbringen.

Somit bin ich für Eintreten, behalte mir aber vor, entsprechend meinen Ausführungen Antrag zu stellen."

Thomas Hauser (FDP) Votum *

"Ich werde auf die Vorlage nicht eintreten und mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Dies, weil ich aus drei Gründen den Sinn oder die Notwendigkeit der Vorlage nicht einsehe:

1. In den letzten rund 25 Jahren hat das Stimmvolk der Stadt Schaffhausen dem System mit 2 Vollämtern und 3 Halbämtern zweimal deutlich zugestimmt. Also warum schon wieder eine Abstimmung?
2. Bei allen Wahlgängen - auch bei Ersatzwahlen ins Halbamt - kandidierten immer mehr Personen, als Sitze vorhanden waren. Alle Wahlgänge waren stets von spannenden Wahlkämpfen begleitet, die immer eine Auswahlmöglichkeit boten. Kein Halbamtskandidat zog ohne Gegenkandidat ins Stadthaus. Die Halbämter waren und sind also begehrt. Jedes zweite Mal erlebten wir aber bei den Wahlen ins Vollamt das Gegenteil, weil keine Gegenkandidaten antraten. Da frage ich mich schon, warum ein System mit begehrten und umkämpften Halbämtern abgeschafft - und die oft nicht begehrten Vollämter ausgebaut werden sollen.
3. Was wir heute diskutieren, erinnert mich an ein Birchermüesli. Zuerst hiess es, man prüfe 1 Vollamt und 4 80%-Ämter. Dann kam die Vorlage für 2 Vollämter und 3 80%-Ämter. Daraus machte die Kommission 5 Vollämter bzw. 1 Vollamt und 4 80%-Ämter. Wahrscheinlich kommt heute Abend noch ein weiterer Vorschlag in den Ratsaal. Das erinnert mich an eine Lotterie.

Aus diesen Gründen kann ich wie gesagt nicht auf die Vorlage eintreten. Ich werde mich aber der Stimme enthalten."

Stadtpräsident Marcel Wenger Stellungnahme des Stadtrates

"Ich möchte der SPK und vor allem ihrem Präsidenten für die sehr intensive Arbeit, die wir zusammen geleistet haben, herzlich danken. Roland Schöttle hat auf die geschichtliche Situation hingewiesen. Er hat vor allem auch auf die 1999er-Gespräche, die wir auf breiter Basis geführt haben - seinerzeit im Altersheim am Kirchhofplatz - hingewiesen. Bereits 1999 gab es zwei Lager, welche man unterscheiden konnte. Die einen haben in Würdigung der politischen Machbarkeit und in Kenntnis der immer noch vorhandenen Befürworter des heutigen Systems schon von 1 x 100 und 4 x 80 % gesprochen. Die anderen haben ganz klar gesagt: "Wenn wir eine Lösung haben wollen, dann wollen wir 5 x 100 %." Das war bereits 1999 so. Die Überbrückung dieser Differenz ist 1999 nicht gelungen.

Dass dies nun in der SPK gelungen ist, ist das Verdienst der Kommission. Ich denke aber auch, dass wir dazu das nötige Rüstzeug soweit bereit hatten, dass wir Ihnen

Vorschläge machen konnten, wie man zwischen diesen beiden Auffassungen - die einen eher pragmatisch orientiert, die anderen eher materiell/inhaltlich orientiert (5 x 100 %) - eine Brücke zu einer mehrheitsfähigen Lösung bauen kann.

Die SPK ist dann weitergegangen als der SR in seiner ursprünglichen Vorlage. Da bin ich auch froh, dass uns Peter Käppler vom Generalverdacht befreit hat, wir würden nur für unsere Interessen arbeiten. Der Stadtrat war natürlich als Gremium ein Stück weit sicher handicapiert. Er hätte mit 5 x 100 % einen Vorschlag in der Vorlage zur Diskussion gebracht, der in der Kommissionsarbeit mit Sicherheit anders betrachtet worden wäre als der Vorschlag, den der SR in der ursprünglichen Vorlage mit 2 x 100 und 3 x 80 % eingebracht hat. Es ist das gute Recht einer SPK, Änderungen an einer stadträtlichen Vorlage anzubringen, was sie hier getan hat. Das ist mir lieber, als wenn wir in Schönheit mit der Variante des SR zum Beispiel "untergegangen" wären.

Die Kostenneutralität ist angesprochen worden. Ich bin sehr froh, dass die Kommission die Kostenneutralität so gesehen hat, wie sie auch der SR sieht. Wenn es uns nicht gelingt, bei diesem Gesamtvolumen, bei den über 850 MitarbeiterInnen diese Mehrkapazitäten aufzufangen, dann ist es tatsächlich fragwürdig, ob man diese Mehrkapazitäten schaffen soll. Dies muss und wird uns gelingen. Es wird uns auch gelingen, in der Etage der mittleren und höheren Chefbeamtenschaft das zu tun. Wir haben an der letzten Klausur versucht, ihnen einen ersten Schritt zu zeigen, nämlich die Straffung der Führungs- und Aufgabenstruktur von 35 zurück auf 12 Leistungsbereiche. Das ist der erste Schritt, der natürlich auch operativ jetzt in diesem Jahr dann noch umgesetzt werden muss, damit sie im Laufe des Jahres 2004 in Kraft gesetzt werden kann.

Wir haben den Spagat geschafft zwischen der politisch/materiellen Richtigkeit (5 x 100 %) und den Machbarkeitsüberlegungen (1 x 100 und 4 x 80 %). Ich denke, dass die Pensenerhöhung zusammen mit den Leistungsbereichstraffungen - wie hoch sie dann auch immer ausfallen würde - nicht in den Niederungen des Tagesgeschäftes untergehen sollte. Da kann ich Peter Käppler recht geben. Es war auch der Wille des SR, dass eben nicht das passiert, was Sie auf Seite 9 der ursprünglichen Vorlage des SR nachlesen können. Man hat die Pensen 1980 reduziert auf 2 x 100 und 3 x 50 %. Was ist passiert? Seit 1980 ist das Alltagsgeschäft mengenmässig um rund 100 % gewachsen - von 420 SR-Geschäften 1980 auf 820 im Jahr 2001. Nicht erfasst ist dabei die steigende Komplexität der Geschäfte, welche auch zu berücksichtigen ist. Wir haben sehr viele bundesrechtliche und kantonrechtliche Vorschriften zu beachten, die den Entscheidungsprozess in einer Regierung nicht eben einfacher, sondern in der Regel etwas komplizierter machen. Es ist auch daran zu erinnern, dass die Finanzkompetenzen des SR mit dieser Vorlage nicht tangiert sind. Diese bleiben in dem Rahmen, wie er praktisch seit 1985 vorgegeben ist. Es sind nicht besonders hohe Finanzkompetenzen. Das Risiko, dass allfällige Gegner der Vorlage sagen könnten, der SR würde einen Haufen Geld ausgeben, wenn er mehr Kapazitäten hat, besteht nicht. Das ist eben auch ein Punkt, Thomas Hauser. Wenn ein SR wenig finanzielle Kompetenzen hat, dann muss er innovativ sein, er muss mehr machen, dass Mittel hereinkommen. Er muss Interessengemeinschaften bilden. Er muss versuchen, wenn wenig Geld da ist, intelligente Lösungen zu finden, das alles braucht Zeit, das alles braucht "man power".

Jetzt komme ich natürlich zu Peter Wullschleger, der in der Kommission mit 4 x 100 % operiert hat. Er hat den schönen Satz geprägt: „People follows structure.“ Dissidenter Peter, das setzt voraus, dass man "people" hat, dass genügend "man power" da ist, um die "structures", die man hat, auch wirklich aufzufüllen. Mit 3 1/2 Chefs für rund 860 Leute und einem sehr heterogenen Betrieb ist man schon ein wenig "schwach auf der Brust", wenn man andere Städte anschaut. Zug ist genannt worden. Zug ist eine Stadt, welche ca. 10 - 12'000 EinwohnerInnen weniger hat als Schaffhausen. Zudem hat diese Stadt sehr viel Geld, so dass sie viele Probleme einfacher lösen kann. Zug hat vielleicht 400 Stellenprozente in der Exekutive, aber es sind 5 Stadträte. (M. Wenger nennt an dieser Stelle die Mitglieder namentlich). Man sieht natürlich auch dort, dass es 5 Köpfe sind. Wenn man auf 4 kommt, irrt der Fachmann, Peter Wullschleger, und der Stapi wundert sich. Dass man auf 4 kommt, ist eine etwas exotische Lösung. Wenn man herumschaut in den Kantonshauptstädten, wird man das in aller Regel nicht finden. Es können 3 sein; das gibt es. Es gibt auch Hauptstädte mit 7 Exekutivmitgliedern. Die Zürcher haben viel mehr

Alfons Cadario hat an 1980 erinnert. Josef Eugster hat die Auswahlendung kritisiert. Vielleicht noch ein Wort zur Auswahlendung. Wenn man sich politisch in einem solchen Spannungsfeld befindet wie wir, sind wir uns ja bewusst, dass die Leute, die um ihren Job kämpfen und mit dem Abstimmungszettel mehr Stellenkapazität für den Stadtrat bewilligen müssen, vielleicht nicht unbedingt sagen, ja wir tun dies von 2 x 100 und 3 x 50 % auf 5 x 100 %. Die Leute werden das kritisch anschauen. Die politische Machbarkeit von 5 x 100 % darf man sicher in der heutigen Zeit zu recht in Frage stellen. Aber die inhaltliche Richtigkeit von 5 x 100 % muss dabei durchaus ihren Platz haben; ich möchte sie nicht bestreiten, das ist so. Daher bin ich auch dankbar, dass die Kommission den Mut hatte, diese beiden Varianten aufzuzeigen.

Wir haben versucht, die Reformprojekte zusammenzustellen, welche seit der 1999er-Konklave im Altersheim am Kirchhofplatz aufgegleist wurden. Es fängt an mit der neuen Führungs- und Aufgabenstruktur, geht über die Reform nicht nur des Stadtrates sondern auch des Parlamentes, es kommt die etappenweise Einführung von WoV, die Umsetzung der Personalgesetz-Revision, das Berichtswesen und Controlling, die intensiven Arbeiten im Zusammenhang mit sh.auf Aufgabenteilung, Agglomeration. Da ist effektiv die Existenz der Stadt und wie sie weiter existiert ein Thema. Ich nehme nicht an, dass es uns gleich ergehen wird wie Barzheim. Unser Thayngen wäre dann Zürich. Aber es stellt sich natürlich die Frage, wie wir mit derart weitgehenden Strukturprojekten umgehen. Es braucht eine starke Führungscrow, um die verschiedenen Teilprojekte von sh.auf im Sinne der Stadt mitgestalten zu können. Das haben unsere halbamtlichen Stadtratsmitglieder einfach so mit ins Pflichtenheft bekommen. Das sind nicht nur ein paar zusätzliche Sitzungen.

Ich möchte auch erinnern, was in der Welt der Finanzen geschehen ist. Die Personal- und Finanzreferentin ist extrem gefordert gewesen. Sie wird es sein bei der Umsetzung des Personalgesetzes, durch die Einführung der Kostenrechnung bei WoV und selbstverständlich bei allen Abklärungen, wo wir Angebote machen müssen, wenn andere Gemeinden leistungsauftragsmässig im Rahmen des Strukturreformprojektes sh.auf etwas bei uns unterbringen wollen.

Thomas Feuerer arbeitet im Moment wie ein Verrückter an der Sozialfront. Wir haben eine hohe Steigerungsrate bei den Sozialfällen. Wir haben komplexe Ausländerprobleme in Schaffhausen, die bearbeitet werden müssen.

Der Sozialreferent ist in aller Regel auch noch Integrationsreferent. Es ist auch an der Kulturfront nicht gerade ruhig.

Urs Hunziker registriert einen Endlosbedarf für neue Heimbetreuungskonzepte und einen sehr hohen Reformdruck bei den Schulen. Auch hier kann man davon ausgehen, dass der Schul- und Heimreferent voll gefordert sein wird. Er wird froh sein, wenn es uns gelingt, diese 12 Leistungsbereiche einzuführen, um eben diese Mehrkapazität in die Führungsaufgabe bei den Reformprojekten hineinfließen lassen zu können.

Die Kommunikation dessen was passiert an der Reformfront ist letztlich entscheidend, ob die StimmbürgerInnen der Vorlage des GrSR und des SR zustimmen werden. Es muss uns gelingen, den Leuten klar zu machen, dass wir in einem sehr ernstem Prozess sind, in dem die Aufgaben zunehmen, die Mittel abnehmen und die Komplexität nicht nur linear sondern exponential ansteigt. Damit das führungsmässig nicht zusammenbricht, müssen wir etwas dafür tun. Die SPK hat sich verdienstvoll, kritisch, positiv und lösungsorientiert dafür eingesetzt. Ich möchte es nicht versäumen, nochmals allen danke zu sagen, vor allem auch dem Präsidenten, der es geschafft hat, die beiden Lager Pragmatiker und 5 x 100 % - Vertreter so aufeinander zuzuführen, dass wir heute eine Lösung auf dem Tisch haben. Ich bin darüber im Namen des Stadtrates sehr dankbar."

Peter Neukomm (SP) Votum *

"Ich erlaube mir, auch noch ein paar Worte zu diesem Thema zu sagen, nachdem ich auch Mitglied dieser Kommission war. Roland Schöttle und Peter Käppler haben die wichtigsten Argumente auf den Tisch gelegt. Ich möchte trotzdem noch einige Punkte anfügen und vor allem Stellung nehmen zu den Voten von Thomas Hauser und Peter Wullschleger.

Ich bin Mitglied einer Fraktion mit einer halbamtlichen Vertretung im Stadtrat. Auch wenn diese Vertretung über eine hohe Kompetenz verfügt und grossen Einsatz leistet, wie das bei unserer Finanzreferentin zweifellos der Fall ist, erweist sich diese Ressourcenbegrenzung durch das 50%-Pensum als höchst unbefriedigend.

Ich denke, dass es der FDP-Fraktion sehr ähnlich geht - ausser Thomas Hauser. Ich habe die Gesichtszüge von Urs Hunziker gut beobachtet, als Thomas Hauser sein Votum hielt. Ich glaube, da gibt es intern noch Erklärungsbedarf. Wir wünschten uns, dass sich eben nicht nur unsere Vertreterin im SR vollumfänglich zum Wohl der Stadt einsetzen könnte. Arbeitsanfall, Führungsaufgaben und auch die Erwartung der Bevölkerung in die Erfüllung dieser anspruchsvollen Aufgabe im SR würde einen Einsatz von weit mehr als 100 % erfordern.

Ich will keine Diener zweier Herren! Ich will Stadträte, die voll und ganz im Dienste dieser Stadt stehen und sich auch für diese Stadt einsetzen. Diese Stadträte kann man nämlich auch besser in Pflicht nehmen, das ist für uns auch politisch ein wichtiges Argument. Der Stadtrat hat in der Vorlage und auch in der Kommission schön aufgezeigt, dass ein krasses Missverhältnis besteht zwischen den Anforderungen, welche die Führungsaufgabe im SR heute verlangt, und den zeitlichen Ressourcen, welche die gesetzlichen Grundlagen zur Erfüllung dieser Aufgaben vorsehen. Wir sind deshalb in Pflicht, zu handeln, weil wir dieses Missverhältnis schon seit Jahren feststellen und konstatieren müssen, dass die Führung dieser Stadt darunter leidet.

Mit der Vorlage der SPK liegt ein Vorschlag vor, mit dem wir den unhaltbaren Zustand zugunsten unserer Stadt verbessern möchten. Unser Problem ist es, diesem Anliegen beim Souverän zum Durchbruch zu verhelfen. Wir haben triftige Argumente, mit denen wir gegen populistische Schlagworte, die in rezessiven Zeiten immer auf fruchtbaren Boden fallen, glaubwürdig antreten können, ja antreten müssen. Da stehen wir in Pflicht. Weil wir aus Erfahrung gelernt haben, dass es sehr schwierig ist, solche Pensenerhöhungen beim Souverän durchzubringen, und wegen der konkreten Vorgeschichte mit den zwei Ablehnungen in Volksabstimmungen versuchen wir, mit einer Minimalvariante 1 x 100, 4 x 80 % Leuten, die sich noch nicht zum 5 x 100 % durchringen können, eine Brücke zu bauen. Wir wollen damit die Chance für eine Verbesserung dieser unhaltbaren Situation erhöhen.

Nun noch zwei Bemerkungen zu den Voten meiner Vorredner.

Zu Peter Wullschleger. Einige Deiner Ausführungen haben mich sehr enttäuscht, und ich kann sie auch nicht nachvollziehen. Vor allem, wenn Du sagst, die Vorlage könne nicht begründen, weshalb diese 5 Vollpensen nötig sind. Da zweifle ich schon entweder an Deiner Fähigkeit, das begreifen zu können oder am Willen, dies begreifen zu wollen. Oder hängt es damit zusammen, dass Du Deine eigenen Ideen weder in der Kommission noch vermutlich hier im Parlament zum Durchbruch gebracht hast? Ich verstehe nicht, wenn Du sagst, der SR habe die Pensenerhöhung nicht ausreichend begründet. Er hat sehr drastisch und nachvollziehbar ausgeführt, weshalb diese notwendig ist. Du bist ja auch Mitglied einer Fraktion, welche einen solchen SR mit einem 50%-Pensum hat. Also kannst Du Dich direkt dort informieren. Was mich weiter sehr gestört hat, ist der Ausdruck "Luxuslösung". Ich bitte Dich doch, Peter Wullschleger, auch wenn Du bzgl. der Pensen nicht gleicher Meinung bist, dieses Wort nicht mehr in den Mund zu nehmen. Es geht wirklich nicht um eine Luxuslösung. Mit solchen Worten fällt man den anderen in den Rücken und torpediert diese Vorlage, bevor sie überhaupt in die Volksabstimmung geht. 5 x 100 % ist keine Luxuslösung; sie wäre die einzig richtige Lösung. 1 x 100 + 4 x 80 % ist die Minimalvariante, welche doch eine Verbesserung bringen würde.

Zu Thomas Hauser. Du sagst, es sei schon zweimal darüber abgestimmt worden. Da muss ich eigentlich die Frage stellen: Wie viel mal wurde über das Frauenstimmrecht in der Schweiz abgestimmt? Wichtige Dinge brauchen manchmal eben Zeit. Vielleicht gehört auch diese Sache dazu. Ich bin überzeugt, dass sie dazu gehört. Ich frage mich schon, was Du hier bezweckst, ob da vielleicht Deine Vergangenheit durchschlägt? Ich kann es nicht begreifen, schliesslich bist Du auch Mitglied einer Fraktion, die unter diesem Zustand leidet.

Ich bitte Sie, dieser Vorlage zuzustimmen. Sie ist ausgewogen und gut begründet. Man kann sie mit plausiblen Argumenten den StimmbürgerInnen erklären. Wir sind das schuldig, auch unserer Vertretung im SR und unserer Stadt, Wenn uns das trotz grossen Bemühungen nicht gelingt, dann haben wir es zumindest versucht."

Peter Wullschleger (CVP) Votum

"Ich habe im Militär gelernt, dass man im Hinblick auf Inspektionen immer einen rostigen Nagel liegen lassen soll. Dann findet der Inspizierende nämlich etwas, was er kritisieren kann. Insofern hat der konforme Marcel den rostigen Nagel in meinen Ausführungen gefunden, und dafür möchte ich mich entschuldigen.

Diese Ungenauigkeit bezüglich der Interpretation des Zuger Stadtratspensums von 400 % ist ein Lapsus, den ich in aller Öffentlichkeit eingestehen muss. An meiner Überzeugung indessen mag auch dieser rostige Nagel nichts zu ändern, um so mehr als der Stadtpräsident eigentlich noch nachdoppelt und sagt, Zug hätte Geld, Schaffhausen nicht. Um so mehr, als er sagt, die Reduktion von 35 auf 12 Leistungsbereiche werde noch verwirklicht - möglichst in diesem Jahr.

Wenn ich das richtig verstehe, schafft das Raum für den Stadtrat, sich Führungs- und strategischen Fragen besser annehmen zu können, weil er jetzt nicht mehr 35 direkte Ansprechpartner hat, die ihn mit operativen Fragen bedrängen. Das möchte ich hier doch festhalten. Das ist mein Anliegen, Peter Neukomm. Wenn ich von Luxuslösung spreche, dann nehme ich das entgegen, dass das vielleicht verfänglich ist, vielleicht auch etwas polemisch. Aber wer hat da letztlich gesagt, Politik sei auch etwas Emotionales und man spiele halt hin und wieder auch auf den Mann? Meines Erachtens war dies niemand aus meiner Partei. Insofern gestehe ich zu, dass dies verfänglich ist. Wir müssen es dem Souverän überlassen, ob er das so sieht oder nicht. Ich möchte mich aber verwehren, dass ich gesagt habe, die Vorlage des Stadtrates sei nicht nachvollziehbar. Ich habe gesagt, mir fehlt die Substanz bezüglich dieser Strukturfrage."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Wenn der Inspizierende einen rostigen Nagel findet, den man bewusst liegen gelassen hat, dann muss aber noch ein grösserer Fehler da sein. Von dem hat der rostige Nagel vielleicht etwas abgelenkt, Peter Wullschleger. Ich habe eine Frage nicht beantwortet: Warum hat der Stadtrat nicht wie 1980 einen verbindlichen Vorschlag gemacht auch für die Verfassung, wie die Referate genau zu strukturieren seien? Es ist eine Frage, die sich mit Recht stellt. Wenn wir das getan hätten in einer Zeit, wo massiv über Aufgabenteilung zwischen Kanton, Stadt und Gemeinden gesprochen wird, hätten wir Ihnen einen Vorschlag gemacht, der vielleicht nach 6 Monaten komplett veraltet gewesen wäre. Es ging um die absolut notwendige Aufdotierung der Arbeitskraft des Stadtrates. Sie können sich schon vorstellen, wie die Strukturen dann ausgefüllt werden. Wenn Sie die Truppe nicht in Marsch bringen, dann nützt es auch nichts, wenn Sie einen rostigen Nagel in der Gamelle haben. Sie bringen die Truppe gar nicht erst in Marsch. Wenn wir das machen müssen, was heute an Reformprojekten auf uns zukommt, und das erfolgreich bewältigen wollen, dann brauchen wir mehr Kapazität. Da stimme ich Peter Neukomm zu. Die beste Lösung ist die Lösung 5 x 100 %. Die pragmatische, möglicherweise machbare Lösung ist 1 x 100, 4 x 80 %.

Ich muss noch einmal ganz klar sagen, dass wir uns lange überlegt haben, ob wir diese Fleissarbeit machen sollen oder nicht. Ich habe gesagt nein, wir spielen uns frei. Ob es kommt oder nicht, wir müssen sowieso auf 12 Leistungsbereiche reduzieren. Aber ob wir nachher Kapazitäten haben zum Führen, hängt davon ab, ob wir diese Mehrkapazitäten im SR wirklich bekommen. Ich bitte Sie, das mit den 4 x 100 % noch einmal zu überdenken. Es ist eine interessante Idee gewesen. Aber wenn man schaut, dass ja nur 20 % zwischen der Lösung 1 x 100 und 4 x 80 % und 4 x 100 % liegen, da lohnt es sich nicht, deswegen einen rostigen Nagel in die Gamelle zu legen!"

Iren Eichenberger (OeBS) Votum

"Ich muss Peter Wullschleger schon sagen, dass damit nicht alle rostigen Nägel beseitigt sind. Ich fühle mich in unserer Mitte-Fraktion schon etwas auf den Schwanz getreten, wenn man so zynisch sagt, die Kleinen Parteien können sich dann noch um die Brosamen balgen, das ist dann noch der vierte Sitz. So verstehen wir uns nicht. Wir sind hier immerhin alle zusammen 20 %. Würde die CVP mit uns politisieren - etwas mehr nach links -, dann wären wir sogar ein Viertel dieses Parlamentes... . Da muss ich einfach sagen, damit ist für mich das Problem nicht gelöst. Man darf auch nicht so leichthin sagen, es ist ja eine interessante Variante. Natürlich ist es interessant; Dissidenz ist immer interessant. Aber es ist eben auch sehr gefährlich. Du weisst genau, Peter Wullschleger, Du bist ein sehr guter Rhetoriker; dafür habe ich Dir schon Komplimente gemacht. Wenn eine solche Variante weiter an die Öffentlichkeit dringt - vielleicht kommt der "Bock" nicht selber auf diese Idee und greift diese dann auf -, da denken viele Leute, mit dieser Neuregelung können wir ein Schnäppchen machen. Das ist nun wirklich nicht der Sinn und Zweck; es geht doch nicht um ein Schnäppchen, es geht um eine Verbesserung. Darum liegt mir daran, dass wir das ernsthaft diskutieren."

Hans Ith (SVP) Votum

"Ich möchte Thomas Hauser widersprechen bzgl. guten Erfahrungen mit diesen 2 x 100 und 3 x 50 %-Pensen. Wir haben nur schlechte Erfahrungen gemacht. Peter Schmid hat seine Gesundheit geopfert, Heinz Albicker ist bei der ersten Gelegenheit ausgestiegen, Kurt Schönberger hat das Halbamt sofort aufgegeben, als ihm sich eine entsprechende Möglichkeit bot. Wie lange diese Zwei das aushalten, weiss ich nicht. Urs Hunziker arbeitet sowieso mehr als 100%. Sein Vorgänger wurde von der eigenen Partei im Stich gelassen und wurde abgewählt. Wir haben nur schlechte Erfahrungen gemacht. Darum brauchen wir 5 x 100 %!"

Peter Käppler (SP) nimmt Bezug auf das Votum von Hans Ith bezüglich Abwahl von Werner Widmer.

"Die Partei kann niemanden abwählen, dies macht das Volk. Du weisst ganz genau, woher diese Hetzkampagne in diesem Wahlkampf gekommen ist. Gegen eine solche Unterstellung möchte ich mich verwehren."

Peter Wullschleger (CVP) Votum

"Ich muss Hans Ith fragen, ob er wirklich der Meinung ist, dass Urs Hunziker jetzt schon mehr als 100 % arbeitet und die anderen auch. Wenn das nämlich so ist, dann ist doch die Vorlage dazu da, um die Salär-Ungerechtigkeit auszuräumen. Aber sie hilft ja dann nichts, um das zu tun, was man eigentlich sagt, was man machen möchte, mehr Kapazität erhalten für Führung, Projekte und strategische Aufgaben. Ich werfe nur eine Frage auf. Ich habe gesagt, ich möchte das diskutieren. Mir wurde vorgeworfen, ich sei ein gefährlicher Rhetoriker. Also diese Rhetorik scheint mir für diese Vorlage viel gefährlicher."

Der Präsident stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Walter Hotz (FDP). 1. Vizepräsident verliert

- a) die Vorlage des SR (Seiten 1 - 16) - Keine Wortmeldungen
- b) den Bericht der SPK (Seiten 1 - 6) mit den Beilagen - Keine Wortmeldungen

ANTRÄGE

Walter Hotz (FDP). 1. Vizepräsident verliest die Anträge der SPK.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 23. September 2002 und vom Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 26. Juni 2003 betreffend Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Beschluss über Einführung von fünf Vollämtern für den Stadtrat (Änderung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Stadtverfassung, Hauptvorschlag) wird genehmigt.

Peter Wullschleger (CVP) stellt den **Gegenantrag, Ziffer 2 und 3 der Kommissionsanträge zu streichen und wie folgt zu ersetzen:**

Ziffer 2: Artikel 27 Abs. 1, 2 und 3 der Verfassung der Einwohnergemeinde Schaffhausen vom 4. August 1918 wird wie folgt geändert:

Artikel 27

- 1) Der Stadtrat besteht aus dem Stadtpräsidenten bzw. der Stadtpräsidentin und drei Mitgliedern.
- 2) Die Mitglieder wirken vollamtlich.
- 3) Der Stadtpräsident oder die Stadtpräsidentin und die weiteren Mitglieder (..... = wie im Hauptvorschlag)

ABSTIMMUNG

Der Gegenantrag Wullschleger unterliegt dem Kommissionsfassung mit 1 : 41 Stimmen.

3. Der Beschluss über die Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat auf ein Vollamt und vier 80%-Pensen (Änderung der Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Variante) wird genehmigt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Die beiden Beschlüsse werden den Stimmberechtigten nach den Verfahren gemäss Art. 13^{bis} der Stadtverfassung (Hauptvorschlag und Variante, mit Stichentscheid) zur Abstimmung unterbreitet.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

5. Der Grosse Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten die Annahme beider Beschlüsse und die Bevorzugung des Hauptvorschlages in der Stichfrage.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR vom 23. Sep. 2002 bzw. den Bericht der SPK vom 26. Juni 2003 gut und stimmt den Anträgen der Kommission in der Schlussabstimmung mit **41 : 0 Stimmen** zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - Tempo-30-Zone Quartier Winkelried

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

EINTRETENSDEBATTE

Alfred Zollinger (SVP) GPK-Präsident *

"Am 8. Dezember 2001 wurde eine von 453 Personen unterzeichnete Petition zur Einführung einer Tempo-30-Zone Winkelriedstrasse eingereicht.

Die Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte hat danach die notwendigen Schritte eingeleitet. Aufgrund des erstellten Gutachtens wurde mit den Petitionären das weitere Vorgehen besprochen und als Resultat liegt nun dieses Projekt vor.

Gemäss den vom Grossen Stadtrat festgelegten Bedingungen für die Einführung einer Tempo-30-Zone kann festgehalten werden,

- dass die Vorschriften des Bundes eingehalten sind und
- die Anwohner/innen schriftlich dazu Stellung nehmen konnten.

Die Abstimmung ergab bei einer Beteiligung von 73,4 % eine klare Zustimmung von 73,9 %, d.h. 555 JA, 192 Nein sowie 1 Leer und 3 ungültige Stimmen.

Das Projekt kann wie folgt umschrieben werden. Beachten Sie dazu den entsprechenden Plan in Ihren Unterlagen:

Die Zone weist insgesamt 6 Strasseneingänge auf, die entsprechend mit den Signalen T-30-Zone bezeichnet werden.

In regelmässigen Abständen wird auf die Fahrbahn die Zahl 30 mit weisser Farbe markiert.

Die heute bestehende Begegnungszone „Dürstlingweg“ wird aufgehoben und in die Tempo 30-Zone integriert.

An den bereits heute versetzt angeordneten Parkierungsfeldern auf der Winkelriedstrasse sowie an der bestehenden Begegnungszone Pilatusstrasse wird nichts geändert, d.h. sie bleiben so, wie sie heute sind.

Es sind keine baulichen Massnahmen geplant bzw. notwendig.

Der Rechtsvortritt bei der Verzweigung Winkelriedstrasse/Alpenstrasse wird aufgehoben.

Der Teilbereich Privatstrasse Seewadelstrasse, die entsprechend signalisiert und deshalb nicht allgemein zugänglich ist, wird nicht einbezogen.

Aufgrund der besonderen lokalen Situation wird in dieser Tempo-30-Zone ausnahmsweise von den allgemein gültigen Vorgaben abgewichen, nämlich:

- Der Fussgängerstreifen auf der Höhe Dürstlingweg bleibt bestehen, handelt es sich doch um einen wichtigen Strassenübergang für Schulkinder, und
- der Rechtsvortritt an der gleichen Stelle wird nicht eingeführt, da die direkte Einfahrt in die Winkelriedstrasse durch ein durchgezogenes Trottoir unterbrochen ist.

Die Realisierungskosten sind mit Fr. 10'000.-- veranschlagt.

Ich muss noch darauf hinweisen, dass in der Vorlage auf Seite 2, oberster Abschnitt, anstelle von „bestätigt“, das Wort „diskutiert“ stehen sollte. Denn am 14. Januar 2003 wurde eine Interpellation zum Thema T-30-Zonen relativ ausführlich diskutiert.

Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 21. August dieses Geschäft behandelt und der Vorlage mit 7 : 0 Stimmen, also einstimmig, zugestimmt und empfiehlt Ihnen diese Vorlage zur Annahme."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU

"Die SVP/EDU Fraktion wird, neben Enthaltungen, der Vorlage zustimmen, handelt es sich doch in diesem Falle um eine klar abgegrenzte Zone, die nur siedlungsorientierte Strassen enthält.

Begehren für weitere T-30-Zonen liegen aus verschiedenen Quartieren noch vor. Es liegt uns sehr daran, darauf hinzuweisen, dass auch bei zukünftigen Vorlagen die Vorgaben des Grossen Stadtrates zur Einführung von T-30-Zonen eingehalten werden müssen. Schliesslich wurde anlässlich der eidg. Abstimmung vom März 2001 die Vorlage „Tempo-30-flächendeckend innerorts“ auch in der Stadt Schaffhausen mit 72 % NEIN abgelehnt, d.h. auch in Zukunft dürfen verkehrsorientierte Strassen nicht eingeschlossen werden."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Damit die Einführung der Tempo 30-Zone im Winkelried nicht noch länger verzögert wird, möchte ich mich heute kurz halten. Über die Tempo 30-Problematik haben wir schon zu Beginn dieses Jahres diskutiert. Die OeBS/EVP/GB Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr auch zustimmen. Natürlich stellt sich auch bei dieser Vorlage die Frage der Zonengrösse und der Zonengrenzen, wobei festzustellen ist, dass der Rat hierüber, aufgrund der uns selbst auferlegten Ablaufvorschriften mit Abstimmung etc. gar nichts mehr an diesen Grenzen ändern kann, ohne die Installation der Zone übermässig zu verzögern. Damit haben im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner des Winkelriedquartiers entsprechende Anträge zu unterbleiben, obwohl die Ausweitung der Zone in Richtung Gruben schon etwas für sich hätte. Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass nunmehr auch eine Vertreterin des Langsamverkehrs in die Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte gewählt worden ist. Wir erwarten, dass diese Anliegen nun mehr Eingang in die Tätigkeit der Arbeitsgruppe finden. Abschliessend bleibt zu hoffen, dass die Begehren aus den Quartieren Breite, Hochstrasse und Niklausen auch auf gutem Weg sind und möglichst bald diesem Rat zum Entscheid vorgelegt werden können."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP

"Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen. Wenn die BewohnerInnen des Quartiers Winkelried diese Massnahme wünschen, ist es richtig, wenn wir sie unterstützen.

Ich habe bereits in der GPK eigentlich im Namen des Vorstandes des Quartiervereins Buchthalen darauf hingewiesen, dass zur Einhaltung der Geschwindigkeit Tempo 30 nicht unbedingt Blumenkübel oder versetzt parkierte Autos das "Non plus ultra" sind. Viel wirkungsvoller sind die Tempo-30-Markierungsringe auf der Strasse und noch viel wichtiger ist das temporäre Aufstellen von Tempo-Messgeräten, welche die AutofahrerInnen ständig auf die Fahrgeschwindigkeit aufmerksam machen. In Buchthalen wurde das durch den TCS gemacht. Es wäre schön, wenn die Stadt auch ein solches Gerät anschaffen würde. Wenn man das Gerät regelmässig in den Tempo 30-Zonen der Quartiere aufstellt, werden die AutofahrerInnen an die Tempolimiten erinnert."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Eine weitere Tempo-30-Zone soll, endlich, geschaffen werden. Das freut uns, wir werden der Vorlage gerne zustimmen und hoffen, dass bald weitere solche Vorlagen folgen werden. Denn der langsamere motorisierte Verkehr macht nicht nur die entsprechenden Zonen ruhiger und sicherer, sondern er ist auch geeignet, die Luftbelastung insgesamt zu reduzieren, was in diesem Sommer immerhin Thema war. Jede Tempo-30-Zone dient also letztlich der ganzen Bevölkerung, auch der motorisierten Minderheit.

Langsamverkehr, zumindest in Wohnquartieren, ist angesagt und ein Gebot der Stunde.

Wenn man von Initiantinnen und Initianten von solchen Zonen hört, sie hätten das Gefühl, ihr Anliegen würde von der Stadt bzw. von der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte zuwenig ernst genommen, finden wir das mehr als bedenklich, selbst wenn das objektiv nicht stimmen würde. Denn nach unserer Meinung hat diese Arbeitsgruppe nichts anderes zu tun, als die Promotoren von Tempo-30-Zonen mit Rat und Tat zu unterstützen, allfällige Hindernisse aus dem Weg zu räumen und für eine speditive Umsetzung zu sorgen. Das ist bei dieser Vorlage offensichtlich nicht der Fall, verstrichen doch mehr als eineinhalb Jahre seit Einreichen der entsprechenden Petition. Und von den InitiantInnen der Tempo-30-Zonen Niklausen, Hochstrasse und Breite hört man ähnliches. Es wurde also Vertrauen verspielt, mögliche InitiantInnen weiterer Zonen, deren Anliegen wie gesagt durchaus im öffentlichen Interesse liegen, werden so eher abgeschreckt als motiviert. Ob das nun an der Verwaltung oder an der Arbeitsgruppe - deren Zusammensetzung noch immer nicht optimal ist - liegt, kann ich nicht beurteilen. Möglicherweise ist auch das Verfahren zu kompliziert.

Noch eine Bemerkung zur Arbeitsgruppe: das Mitglied Edgar Zehnder wird als Vertreter des Grossen Stadtrates bezeichnet, obwohl wir ihn nie gewählt haben. So geht das nicht, und zumindest die Anwesenden auf der - aus meiner Sicht - linken Seite fühlen sich durch ihn ganz und gar nicht vertreten.

Kurz und gut, wir ersuchen den Stadtrat, endlich Strukturen zu schaffen, welche eine beförderliche Behandlung von Gesuchen zur Einführung von Tempo-30-Zonen gewährleisten.

Wir werden, wie eingangs erwähnt, dieser Vorlage - und auch den hoffentlich bald kommenden - selbstverständlich zustimmen."

Ratspräsident Ernst Spengler nimmt Bezug auf das Votum von A. Bächtold:

"Wir diskutieren hier nicht über diese Arbeitsgruppe, der Stadtrat hat diese Arbeitsgruppe ins Leben gerufen und nicht das Parlament."

Theresia Derksen (CVP) Votum "

"Tempo ist Gewohnheitssache. Dies wurde schon Mitte der Achtzigerjahre festgestellt, als die generelle Innerorts-Geschwindigkeit von 60 auf 50 reduziert wurde. Rund vier Jahre habe es gedauert, bis sich die Automobilisten an die tiefere Limite gewöhnten.

1989 erlaubte der Bundesrat in den Wohnquartieren die Zonen-Signalisation mit Tempo 30. Ende 1989 sagte die Schweiz in einer Volksabstimmung mit 62 Prozent deutlich Nein zur Wiedereinführung von Tempo 130 auf Autobahnen und 100 ausserorts; als Sofortmassnahme gegen das Waldsterben hatte der Bundesrat auf Autobahnen 1985 das Tempo-Limit auf 120 km/h und ausserorts auf Tempo 80 gesenkt.

Der Autoverkehr wird immer langsamer. In den Wohnquartieren, weil es die Anwohner explizit so wollen - und auf Hauptstrassen automatisch, weil sie den ständig wachsenden Verkehr nicht mehr ohne Staus schlucken können.

Die breite Zustimmung in den Wohnquartieren überträgt sich offenbar nicht auf die Mehrheit der AutofahrerInnen. Dabei wirkt sich die Temporeduktion positiv auf die Verkehrssicherheit aus: weniger Tote, bessere Luft und nur minimaler Zeitverlust.

Die überwiegende Mehrheit der Zonenbewohner/innen im Quartier Winkelried befürwortet die Tempo-30-Zone. Wer nicht in der Winkelriedstrasse oder in diesem Quartier wohnt, braucht nicht mit dem Auto durch diese Strasse zu fahren. Er nimmt den Weg über die Kessel- und Alpenstrasse.

Weil das Quartier hinter der Tempo-Limite 30 steht, befürwortet auch die CVP diese Massnahme und wird auf die Vorlage des Stadtrates eintreten und ihr auch zustimmen."

Peter Neukomm (SP) Votum

Der Ratspräsident weist vorgängig darauf hin, dass über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte nachher doch diskutiert werden kann, da am Schluss der Sitzung unter den Mitteilungen noch eine entsprechende Information erfolgen wird.

Peter Neukomm: "Ich lasse mir nicht vorschreiben, worüber ich zu reden habe, wenn es um die Sache geht.

Ich möchte zuerst etwas als Quartierbewohner sagen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, vor allem den Petitionären zu danken, die sich grossartig für dieses Projekt eingesetzt haben, das vor allem den Kindern dieses Quartiers dienen wird. Die Petitionäre haben sich trotz verschiedener Schwierigkeiten und Bremsmanövern nicht ins Bockshorn jagen lassen und blieben hartnäckig am Ball. Es hat sich gelohnt. Die Quartierbevölkerung hat dies mit einem tollen Abstimmungsresultat belohnt. Ich hoffe, dass dieser Erfolg für mehr Wohnlichkeit und Sicherheit in diesem Quartier weitere Wohnquartiere und ihre BewohnerInnen animieren und stärken wird, sich auch in ihren Quartieren für die Einführung von Tempo 30 einzusetzen.

Bezüglich Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte nehme ich die Anregung des Ratspräsidenten auf, und werde unter den Mitteilungen noch etwas dazu sagen."

Stadtrat Kurt Schönberger Stellungnahme des Stadtrates

"Ich möchte mich vorerst für die wohlwollende Aufnahme unserer Vorlage bedanken.

Mit dem heutigen Entscheid, der - so hoffe ich - positiv ausfallen wird, wird einem Wunsch entgegen gekommen, der in einer eindrücklichen Abstimmung im Quartier entstanden ist und auch zum Resultat geführt hat, dass Dreiviertel der Quartierbevölkerung an der Abstimmung teilgenommen haben, wovon wiederum Dreiviertel mit Ja gestimmt haben. Die kritischen Töne habe ich auch gehört, dass es sehr gelange gedauert hat, bis diese Vorlage auf dem Tisch lag. Auch aus meiner Sicht hat es sehr lange gedauert. Wir haben uns darüber unterhalten, wie das Prozedere für die pendenten Anliegen aus den Quartieren Niklausen, Hochstrasse und Breite beschleunigt werden kann. Wir haben diese Beschleunigung erreicht, indem diese Gutachten in Auftrag gegeben worden sind und vorliegen. Wir werden Ihnen diese 3 Vorlagen in relativ kurzer Zeit vorlegen können.

Was die Zusammensetzung der erwähnten Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte anbelangt, darf ich ganz kurz ausführen, dass der SR diese nicht als politische Gruppierung, sondern als Facharbeitsgruppe eingesetzt hat."

Der Präsident stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Walter Hotz (FDP). 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 4 der Vorlage.

Keine Wortmeldungen.

ANTRÄGE

Walter Hotz (FDP). 1. Vizepräsident verliest die Anträge des SR:

1. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrates vom 24. Juni 2003 über die Einführung einer Tempo-30-Zone im Quartier Winkelried zu.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat genehmigt dazu einen Kredit über Fr. 10'000.-- zugunsten Konto 6200.314.044, Verkehrsberuhigungen, Winkelriedstrasse, Rechnung 2003.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR vom 24. Juni 2003 sowie deren Anträge mit **40 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 MOTION Esther Bänziger (SP) Familienzentrum Schaffhausen

Esther Bänziger (SP) Begründung *

"Bereits seit längerer Zeit ist das Haus Rosengasse 26 im Gerede, aber nie, oder lange nicht, wurde klar, was der Stadtrat mit diesem Gebäude eigentlich im Sinn hat. Auf Anfragen bekamen wir keine klärenden Antworten. Was wir wissen ist, dass das Jugendheim im Februar 2003 in zwei Wohnungen im Altersheim am Kirchhofplatz umzog, wo sie sehr glücklich sind, und am 27.6.03 einen Tag der offenen Tür durchführen konnten. Ich bin darüber gut informiert, weil zwei meiner ehemaligen Schülerinnen dort leben. Das ist einer der Gründe, weshalb ich das Haus an der Rosengasse gut kenne, auch unterrichtete ich immer wieder SchülerInnen, die den im selben Gebäude untergebrachten städtischen Hort besuchen. Darum weiss ich, dass es sich um ein absolut kindergerechtes, an bester Lage sich befindendes Haus handelt. Nur schon der Innenhof ist einmalig, was auch die Verantwortlichen für den Ferienspass gemerkt haben. Zum - glaube ich - dritten Mal wurden dort in der 3. und 4. Sommerferienwoche die verschiedensten Kurse und Aktivitäten unter dem Namen "Ferienstadt" angeboten, eine tolle Sache. Wo findet man ein solches Angebot mitten in der Stadt, zentral gelegen, und so lauschig? Eben an der Rosengasse 26.

Obwohl uns, d.h. der SP-Fraktion bekannt ist, dass in Schaffhausen Wohnraum für gehobene Ansprüche fehlt, die finanzielle Situation der Stadt ebenfalls zu wünschen übrig lässt, fragen wir uns ernsthaft, ob es Sinn macht, ein derart ideales Gebäude ohne Not aus der Hand zu geben, beziehungsweise umzunutzen. Wir befürchten, dass hier ein ähnlicher Fehler wie bei der Schliessung des Gräfler Lehrschwimmbeckens passieren könnte; dass wir uns nämlich früher oder später an den Kopf fassen müssen, wenn wir realisieren, dass wir genau ein solches Haus bräuchten, - und dann können wir eben nicht mehr darüber verfügen!

Was stellen wir uns denn vor? Abgesehen vom Hort, der notabene noch keine Kündigung erhalten hat, und vom dort angesiedelten Eltern-Kind-Treff, dem seit Februar 03 gekündigt ist, der aber vorerst mal noch dort bleiben konnte, ist das riesige Gebäude seit dem Auszug des Jugendheims leer, was natürlich unbestrittenermassen kein Zustand ist: Auch "Zwei-Dihei" ist seit geraumer Zeit dort untergebracht; dieser Verein hat kurz vor den Sommerferien auf November 03 die Kündigung erhalten. So viel ich weiss, ist dieser Verein unterdessen ausgezogen.

Es ist nun jedoch so, dass wir gar nicht etwas Neues erfinden oder uns gar aus den Daumen saugen wollen. Es gibt in Schaffhausen unzählige Institutionen, die sich im engeren oder weiteren Sinne um Kinder- und Jugendarbeit bemühen. Und wir monieren bekanntermassen seit langem, dass in Bezug auf Kinder- und Jugendarbeit etwas getan werden muss: In der Stadt warten wir bereits zu lange auf das Jugendleitbild (wurde uns jetzt angekündigt), und der Kanton hat nicht einmal ein Jugendhilfegesetz, obwohl er das einmal wollte. Eine diesbezügliche Motion von SP Kantonsrätin Liselotte Flubacher hatte leider im Kantonsrat keine Chance. Regierungsrat Heinz Albicker versprach immerhin eine Jugendkommission einzusetzen, was meines Wissens geschehen ist. Der Einsatz für Kinder und Jugendliche wird jeweils bloss im Wahlkampf hoch gepriesen, nachher ist es wieder ruhig.

Wer nun interessiert sich für dieses wunderbare Haus, und welches sind die Hintergründe? Weil eben immer gemunkelt wurde, trafen sich am 6.5.03 die verschiedensten Menschen, um ihre Anliegen zu koordinieren. Extra wurden auch Stadt und Kanton eingeladen, um das Ganze abzustützen. Ich zitiere Ihnen in der Folge aus dem Protokoll dieser Zusammenkunft, sage Ihnen, wer teilgenommen, wer sich entschuldigt hat. So können Sie sich hoffentlich ein Bild über die immensen Bedürfnisse machen, und Sie werden dadurch unschwer erkennen, dass wir mit unserer Motion gar keine Begehrlichkeiten wecken. Im Gegenteil: Alles ist schon vorhanden, aber alle möchten sich vernetzen, näher zusammen rücken, um so Synergien nutzen zu können, was wohl sehr zu begrüßen wäre.

Also, ich zitiere: Präsenz anlässlich der Sitzung vom 6. Mai 2003

Anwesend:

Organisation	-	Vertreterin / Vertreter	Funktion
Aktion Zweidihei Kantonale Pflegekinderaufsicht		Yvonne Weber	Präsidentin
Arbeitsgemeinschaft frau + politik SH		Annemarie Loosli-Locher	Präsidentin
Eltern-/Kindtreff		Cornelia Wolf Dagmar John	Kassiererin Helferin
Heilpädagogische Frühberatung / diverse Behindertenorganisationen Schaffhausen		Helen Zehnder	Leitung
Initiantin Motion 3/2002, „Schaffung Jugendhilfegesetz“, Kantonsrätin SP		Liselotte Flubacher	Kantonsrätin SP
Kantonale Vereinigung Spielgruppen FKSS		Rita Portmann Katrin Schneider	Vertreterin FKSS Vertreterin FKSS,
Koordinationsstelle familienergänzende Kinderbetreuung, Stadt Schaffhausen		Sabina Hochueli	Leitung
Quartierarbeit Birch		Monika Wirz	Leitung
Pro Juventute Bezirkssekretariat SH		Ursula Gurrath	Präsidentin
Schaffhauser FerienSpaß (bes. Projekt „FerienStadt“) Privates Interesse		Gabriela Wichmann	Projektleitung
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH		Lydia Forster Barbara Gysel	Kursleitung Projektleitung
Sozialdienst Kanton Schaffhausen - (Erziehungsdepartement) Jugendkommission Kanton	Otto M. Weber		Leitung

Entschuldigt:

Organisation	Vertreterin / Vertreter	Funktion
Elternforum Schaffhausen, Kantonsrätin FDP	Jeanette Storrer	Aktuarin Kantonsrätin FDP
Erziehungsdepartement Kanton SH	Heinz Albicker Raphaël Rohner	Vorsteher Depart.Sekretär
KES Koordinationsstelle Elternbildung Kt. SH Evangelische Frauenhilfe Reiat	Ruth Lenherr	Leitung
Schul- und Heimreferat Stadt Schaffhausen	Urs Hunziker	Referent

Trägerverein Jugendarbeit tjs

Ursulina Plouda

Präsidentin

Alle diese Gruppierungen, Vereine, Institutionen haben irgendwie ein Raumproblem. Sie möchten sich wie erwähnt auch besser vernetzen - auch EDV-mässig, Synergien nutzen. Es sind viele, zum Teil kleinere Organisationen mit wenig finanziellen Mitteln. Interessant ist, dass ursprünglich der Kanton einmal ein Jugendhilfegesetz wollte. Als dies dann im Zusammenhang mit der Motion Flubacher im Kantonsrat diskutiert wurde, war es plötzlich kein Thema mehr. Aber wenigstens ist eine Kommission eingesetzt worden. Es sind viele Bedürfnisse da, welche von vielen auch wahrgenommen werden. Wie gesagt, haben sich auch das Erziehungsdepartement und die Stadt dafür interessiert. Es ist schwierig, weil die Stadt verschiedene Aufgaben wahrzunehmen hat. Sie muss auf das Geld schauen und soll Grundstücke für gehobenen Wohnraum bereitstellen. Wir stellen uns halt vor, dass man analog des Hauses der Wirtschaft auch ein Familienhaus haben sollte.

Von der Schulleiterin der kantonalen Sprachheilschule, Frau Lilli Thomann, habe ich erfahren, dass sie sich ebenfalls interessiert. Sie hat mit Stadtrat Urs Hunziker bezüglich des Hauses Rosengasse 26 Kontakt aufgenommen. Diese Schule ist momentan im "Löwenstein", Charlottenfels, untergebracht. Sie platzt aber aus allen Nähten. Ab Schuljahr 03/04 müssen zwei Schulzimmer in Herblingen bezogen werden. Zudem existieren noch drei Sprachheilkindergärten. Es wäre deshalb sehr erfreulich, wenn diese Sprachheilschule, samt ev. den Sprachheilkindergärten, unter einem Dach eine Bleibe finden würden. Laut Frau Thomann sollten sie unbedingt einen Mittagstisch anbieten können, da diese Sprachheilschule Kinder aus dem ganzen Kanton schult. Auch hier wären also z.B. gemeinsam mit dem Hort sinnvolle Synergien zu nutzen.

Was schliesslich alles in diesem Riesengebäude untergebracht werden könnte, entscheiden nicht wir, können wir auch nicht abschätzen. Genau darum aber verlangen wir, dass der Stadtrat, ev. zusammen mit dem Regierungsrat, ein Konzept ausarbeitet! Ich könnte mir z.B. vorstellen, dass der Kanton das Haus im Baurecht übernimmt, es entsprechend den Bedürfnissen saniert, die kantonale Sprachheilschule einquartiert und die übrigen Räume untervermietet. Sicher sollten der Hort und der Eltern-Kind-Treff drin bleiben können. Und ich bin fast sicher, dass noch mehr Platz wäre, denn zu den etwa 40 Zimmern kommt noch ein riesiger, unausgebauter Dachstock! Aber wie gesagt, "Stadträtis" spielen wir nicht! Die Stadt soll einfach die vielfältigen Bedürfnisse auf- und ernst nehmen und uns einen Bericht und Antrag vorlegen. Immerhin sind ja in nächster Nähe grosszügige Wohnungen geplant (Herrenacker Süd).

Fazit: Dieses Haus an bester Lage gerade für die angemeldeten Bedürfnisse sollte auch so genutzt werden. Es nützt der Stadt nichts, wenn wir durch die Abgabe im Baurecht vielleicht zu Geld kommen, aber dann wieder ein solches Haus für die erwähnten, vorhandenen Bedürfnisse suchen müssen. Wir wissen, dass uns im Zentrum nichts Adäquates zur Verfügung steht.

Wir haben auch gehört, dass Stadtrat Urs Hunziker mindestens den Anliegen der Sprachheilschule gegenüber ein sehr offenes Ohr hatte; die Schulleiterin Lilli Thomann hat dies jedenfalls so empfunden. Darum erwarten wir jetzt gespannt seine Antwort, und an die ParlamentarierInnen richte ich die dringende Bitte, unsere Motion aus Ueberzeugung zu unterstützen! Mal nicht nur schöne Worte vor den Wahlen über Kinder- und Jugendfreundlichkeit, nein, einmal wirklich auch Taten initiieren!

Herzlichen Dank für's lange Zuhören und Ihr wohlwollendes Prüfen unserer Anliegen für unsere Kinder, Jugendlichen und Eltern."

Stadtrat Urs Hunziker Stellungnahme des Stadtrates *

"Mit dem Auszug des Kinder- und Jugendheimes aus den Räumlichkeiten an der Rosengasse 26 kam rasch einmal die Nachfrage verschiedenster Institutionen nach einer neuen Nutzung der Liegenschaft.

Der Grund für den Auszug des Kinderheimes aus der Liegenschaft Rosengasse 26 lag vorwiegend in der schlechten Nutzung des grossen Hauses begründet, welches einen übermässigen Unterhaltsbedarf hat und überdies vor allem den feuerpolizeilichen Auflagen bei der Nutzung als Heim nicht mehr zu genügen vermochte. (Klammerbemerkung: Am Schluss war dieses sehr grosse Gebäude noch von 6 - 8 Kindern bewohnt.)

Aus dem Stadtratsbeschluss vom 31. Juli 2001 geht hervor, dass der Stadtrat beabsichtigt, die Liegenschaft Rosengasse 26 im Baurecht zu vergeben.

Praktisch zeitgleich mit der Beschlussfassung hatte das Hochbauamt eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, mittels welcher abgeklärt werden sollte, ob die Liegenschaft als künftiges Schulhaus für die Musikschule MKS genutzt werden könnte. Die Stadt ist vertraglich verpflichtet, der MKS geeignete Räumlichkeiten zu Unterrichtszwecken zur Verfügung zu stellen. Nachdem das Projekt "Musikschule unter einem Dach" im Kornhaus gescheitert war, wird nach wie vor nach einer Lösung zur Verbesserung der Raumproblematik dieser Institution gesucht.

Die Studie des Hochbauamtes zeigte, dass die Räumlichkeiten die Raumbedürfnisse der Musikschule vollumfänglich abdecken könnten, dass aber die notwendigen Umbaukosten den Rahmen des derzeit für die Stadt finanziell Tragbaren bei weitem übersteigen würden.

Nach eingehenden Erwägungen gelangte der Stadtrat anlässlich seiner Sitzung vom 13. Mai 2003 zur Überzeugung, dass eine weitere stadteigene Nutzung mit dem aktuell vorhandenen finanziellen Spielraum nicht in Frage komme und deshalb am ursprünglichen Beschluss, das Gebäude im Baurecht zu vergeben, festzuhalten sei.

In den Räumlichkeiten an der Rosengasse 26 sind nebst dem städtischen Kinderhort, welcher vorläufig in der Liegenschaft verbleiben wird, noch Büros des Vereins "Zweidihei" untergebracht, für welche eine Ersatzlösung gesucht werden muss, sobald klar ist, was mit dem Haus geschieht. Zudem trafen sich zwei Mal wöchentlich Eltern mit ihren Kindern zum sogenannten Eltern-Kind-Treff. Die Vereinbarung, welche mit dieser Elterngruppe getroffen worden war, musste bereits vorsorglich gekündigt werden.

Die während langer Zeit ungewisse Zukunft des Kinder- und Jugendheims und die Kündigung der Vereinbarung mit dem Eltern-Kind-Treff haben mutmasslich eine ganze Reihe von in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen städtischen und kantonalen Institutionen und Einzelpersonen veranlasst, eine Sitzung zum Thema Familienzentrum einzuberufen. Diese Sitzung fand am 6. Mai 2003 in den Räumlichkeiten des SAH statt. Aus dem Protokoll dieser Sitzung, das dem Schul- und Heimreferenten freundlicherweise zugestellt wurde, geht hervor, dass von den Teilnehmenden eine Auslegeordnung über die verschiedenen Wünsche und

Anliegen im Bereich Kinder- und Jugendpolitik erstellt wurde. Als Fazit wurde die Schaffung einer Koordinations- und Beratungsstelle für Kinder- und Jugendfragen sowie die Errichtung eines Familienzentrums gefordert. Als Wunsch-Räumlichkeit stand die Liegenschaft an der Rosengasse 26 an oberster Stelle. Ferner wurde auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Institutionen angeregt.

Nun zu den Forderungen der Motionärin, zu denen der Stadtrat im Einzelnen Stellung nimmt:

"In Schaffhausen besteht ein grosser Bedarf für ein Familienzentrum. Insbesondere braucht es eine entsprechende Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendfragen. "

Woher der zitierte "grosse Bedarf" abgeleitet wird, entzieht sich der Kenntnis des Stadtrates, jedenfalls wurden in Schaffhausen keinerlei derartige Bedarfsabklärungen gemacht.

Hingegen darf darauf hingewiesen werden, dass verschiedenste Institutionen sich bereits jetzt mit Kinder- und Jugendfragen beschäftigen, so z.B. die Aktion Teddybär, der Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen, die Sucht- und Drogenberatungsstelle und weitere - meist mit finanzieller Unterstützung der Stadt.

Zudem soll - als erste Massnahme, welche aus dem zum Jugendleitbild gehörenden Massnahmenkatalog resultiert, eine Fachstelle für Jugendfragen in der Stadt Schaffhausen neu eingerichtet werden. Auch von Seiten des Kantons sollen mit der überarbeiteten Verordnung zur Förderung der Jugendhilfe Verbesserungen im Bereich der Jugendarbeit erzielt werden.

Koordinationsaufgaben im Bereich der kleineren Kinder könnte, sofern dies notwendig sein sollte, die Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung übernehmen.

Zur zweiten Forderung:

"Ausserdem besteht ein akuter Mangel an Tagesstrukturen und spezieller Kinderbetreuung für Familien, welche aus existenziellen Gründen darauf angewiesen sind".

Die Stadt Schaffhausen führt folgende Institutionen familienergänzender Kinderbetreuung:

Kinderkrippe Ringkengässchen	ca. 40 Plätze
Kinderkrippe Forsthaus	ca. 20 Plätze
Kinderhort Rosengasse	ca. 30 Plätze
Tagesschule Hohberg	ca. 15 Plätze (Erweiterung auf 20 geplant)

Die Stadt subventioniert die folgenden Institutionen:

Chinderhuus Dorf Herblingen	ca. 15 Plätze
Chinderhuus Hochstrasse	ca. 18 Plätze
Kinderkrippe Breite des SGF	ca. 12 Plätze

3 Mittagstische Elternforum insgesamt ca. 30 - 40 Plätze

Ein Subventionsreglement, welches die Ausrichtung von Subventionen an weitere private Träger von Kinderbetreuungsstätten regeln soll, ist derzeit in Arbeit.

Zur Belegungssituation: Die Wartelisten werden nach Dringlichkeit bearbeitet. Familien, welche aus existenziellen Gründen einen Platz benötigen, werden bevorzugt behandelt. Die einstmals langen Wartelisten sind seit dem Wirtschaftseinbruch kürzer geworden. Auffallend ist im Moment die relativ starke Nachfrage nach Plätzen für Babies.

Zur dritten Forderung:

"Das Haus an der Rosengasse 26 hat als ehemaliges Kinder- und Jugendheim eine lange Tradition und konnte kürzlich das 175-jährige Jubiläum feiern. Die Liegenschaft ist zentral gelegen und wäre sehr geeignet für eine Nutzung auf der Grundlage eines Konzeptes."

Für die Liegenschaft an der Rosengasse 26 wurde eine neue Verwendung gesucht, nachdem massive Kosten für die bauliche Sanierung und die Erfüllung feuerpolizeilicher Auflagen angefallen wären. Für die wenigen Kinder des Kinder- und Jugendheims war die Liegenschaft schlichtweg zu gross und mit einem zu grossen Unterhaltsaufwand belastet.

Bevor für das Kinder- und Jugendheim neue Räumlichkeiten gesucht wurden, waren verschiedene Möglichkeiten einer multifunktionalen Nutzung geprüft worden. Diese hätten eine bessere Auslastung des Hauses ergeben und somit die beträchtlichen Kosten für eine Sanierung rechtfertigen sollen. So war bereits vor rund zwei Jahren die Rede von einem Kompetenzzentrum für familienergänzende Kinderbetreuung. Dies hätte bedeutet, dass die Kinder des Kinder- und Jugendheims in der Liegenschaft untergebracht gewesen wären, zudem der Hort und die Kinder der Kinderkrippe Ringkengässchen.

Aufgrund der doch sehr heterogenen Altersgruppen (vom 3-Monatigen bis zum 17-Jährigen), aber auch aufgrund einer durch eine externe Beratungsfirma vorgenommenen Organisationsanalyse sah man von einer solchen Lösung ab; der Stadtrat beschloss, das Kinder- und Jugendheim auszuquartieren und das Gebäude - mit oder ohne Hort - im Baurecht auszuschreiben. Die entsprechenden Vorarbeiten laufen, die Ausschreibung wird in den nächsten Wochen erfolgen.

Interessierte Kreise, so auch der Kanton, z.B. für die Sprachheilabteilungen der Sonderschulen, werden sich dannzumal um das Baurecht bewerben können.

Aus den dargelegten Gründen ersehen Sie, dass die Stadt Schaffhausen bereits beachtliche Anstrengungen in der Kinder- und Jugendbetreuung unternommen hat - ein weiterer Ausbau ist geplant (weitere Mittagstische, definitive Tagesschule, Fachstelle für Jugendfragen). All die bereits vorhandenen wie auch die geplanten Massnahmen decken - wenn realisiert - praktisch das ganze von der Motionärin geforderte Spektrum ab. Einzig ein eigentliches Familienzentrum ist nicht geplant, hingegen befassen sich fast alle in der Kinder- und Jugendberatung tätigen Institutionen auch mit Familienfragen, so zum Beispiel die Beratungsstelle des Trägervereins Jugendarbeit Schaffhausen, die Sozialberatung der Stadt Schaffhausen und weitere.

Eine Verbesserung der Vernetzung und Koordination durch die Koordinationsstelle "Familienergänzende Kinderbetreuung" kann angeboten werden.

Der Stadtrat empfiehlt Ihnen aus den dargelegten Gründen, die Motion Bänziger für nicht erheblich zu erklären."

Raphaël Rohner (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Die Motion Bänziger fordert die Erstellung eines Konzeptes für ein Familienzentrum im Haus Rosengasse 26 in Schaffhausen.

Die Motionärin begründet den aus ihrer Sicht als gross beurteilten Bedarf schwerpunktmässig mit

- dem Fehlen einer Koordinations- und Beratungsstelle in Kinder- und Jugendfragen und mit
- dem Mangel an Tagesstrukturen und spezieller Kinderbetreuung für Familien, die aus existenziellen Gründen darauf angewiesen sind.

Die FDP/CVP-Fraktion hat diesen Vorstoss eingehend diskutiert. Wir sind uns darin einig, dass es sich um einen Bereich handelt, dem gesellschaftspolitisch auch auf kommunaler Ebene ein erheblicher Stellenwert zukommen muss.

Wenn wir die Motion gleich wie der Stadtrat trotzdem ablehnen, so tun wir dies im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

1. Die Aussage, bei der Koordination für Kinder- und Jugendfragen bestehe ein grosses Defizit, ist materiell nicht überzeugend substantiiert und trifft für die aktuelle Situation nicht zu.

Der Stadtrat hat in seiner ablehnenden Stellungnahme zu Recht darauf hingewiesen, dass sich bereits jetzt verschiedenste - zum grössten Teil mit staatlichen Geldern subventionierte - Institutionen und eigentliche staatliche Fachstellen mit Kinder- und Jugendfragen beschäftigen.

Ausgezeichnete Arbeit wird hier beispielsweise vom Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen TJS oder von der Sucht- und Drogenberatungsstelle des Vereins für Jugendprobleme und Suchtmittelfragen geleistet. Mit dem Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen haben Stadt und Kanton seit einem Jahr eine Leistungsvereinbarung auf drei Jahre abgeschlossen. Diese beinhaltet unter anderem gerade wesentliche Teile der Jugendberatung, die von der Motionärin als zu wenig ausreichend abgedeckt moniert werden. Der TJS und die S&D sind beide professionell geführt und leisten ausgezeichnete Arbeit. Die Leistungsvereinbarung mit dem TJS wurde vor wenigen Monaten zusammen mit den Verantwortlichen des TJS, Mirjam Reutemann und Ursulina Plouda Nägeli, im Sinne einer Zwischenbeurteilung besprochen. Sowohl Stadtrat Hunziker als auch Roland Hofer und ich als Vertreter des Erziehungsdepartementes konnten mit Genugtuung feststellen, dass der Auftrag kompetent erfüllt wird. Inhaltliche Anpassungen der Leistungsvereinbarung im Hinblick auf eine Verlängerung sind bereits vordiskutiert worden; damit besteht die Gewähr, dass dessen Arbeit entsprechend den tatsächlichen aktuellen Bedürfnissen ausgerichtet werden kann.

Dass die Beratungsstelle "Teddybär" und die Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung ebenfalls ausgezeichnete Arbeit und damit einen wesentlichen Beitrag im Bereich der Kleinkinder und Kinder leisten, möchten auch wir an dieser Stelle betont haben.

Wie vom Schulreferenten in seiner Stellungnahme erwähnt, soll nun basierend auf dem städtischen Jugendleitbild die Einsetzung einer Fachstelle für Jugendfragen in der Stadt Schaffhausen geprüft werden. Zudem sollen die Tagesschule in ein Definitivum und die Mittagstisch-Angebote erweitert werden.

Es ist also in keiner Weise so, dass seitens des Stadtrates nichts unternommen wird! Im Gegenteil: Das von einem freisinnigen Stadtrat geführte Schulreferat holt nun mit Erfolg all das auf und nach, was bis zum Ende der letzten Legislaturperiode aufgrund einer seinerzeit wenig klaren politischen Zielsetzung in jenem Referat immer wieder auf die lange Bank geschoben worden ist.

Wenn wir von der in der Motion gestellten Bedarfsfrage ausgehen, gilt es aber auch noch Folgendes zu beachten:

Auf kantonaler Ebene besteht bereits seit Jahren eine Drogenkommission, die im Suchtbereich die notwendige Vernetzung aller privaten und staatlichen Institutionen garantiert und die inhaltliche Koordination der Beratungsarbeit der Beteiligten sicherstellt.

Vor den Sommerferien hat der Regierungsrat zudem die Verordnung über die Förderung der Zusammenarbeit in der Jugendhilfe einer Totalrevision unterzogen - dies in Erfüllung eines wichtigen Versprechens im Rahmen des Regierungsprogrammes 2003 - und die Mitglieder der neu geschaffenen und nun explizit auf Verordnungsebene stipulierten kantonalen Jugendkommission gewählt.

Diese Jugendkommission konstituiert sich - anders als diejenige in den 80er-Jahren - ausschliesslich aus Fachpersonen. Die Exponentinnen und Exponenten der wichtigsten privaten Beratungsstellen und Institutionen sind darin vertreten:

- Otto M. Weber, Leiter Sozialdienst ED (Präsident)
- Dr. Christian Begemann, Leitender Arzt KJPD
- Barbara Jaquet, Sozio-kulturelle Animatorin und Projektleiterin boa
- Ursulina Plouda Nägeli, Stellenleiterin TJS
- Monika Ruzicka, Vorsteherin Schule Alpenblick
- Kurt Schätti, Stellenleiter S&D
- Christine Waldvogel, Sozio-kulturelle Animatorin und Heimleiterin Kinderheim Flurlingen
- Eine noch zu bestimmende Vertretung des Departementes des Innern als Vertretung der Fachstelle Integration

Eine Fachvertretung der Stadt in dieser Kommission gilt es ebenfalls noch zu wählen; der diesbezügliche Vorschlag des Stadtrates wird gemäss Auskunft des Schulreferenten in den nächsten Tagen folgen.

Kernpunkte der total revidierten Verordnung über die Förderung der Zusammenarbeit in der Jugendhilfe sind:

- Sicherstellung der Koordination der Jugendpolitik und der Jugendhilfe auf privater, kommunaler und kantonaler Ebene im Sinne eines kantonalen Netzwerkes;
- regelmässiger Informationsaustausch unter den verschiedenen öffentlichen und privaten Stellen und Diensten, die sich mit der Jugendhilfe auseinandersetzen;
- Ausarbeitung von Stellungnahmen, Vorschlägen und Anträgen zuhanden des ED und des Regierungsrates;
- Aufklärung über die aktuellen Tätigkeiten und Projekte sowie deren Förderung bei regionaler und kantonaler Bedeutung;
- Beratung des ED und des Regierungsrates in Bezug auf die Schwerpunktaktivitäten der Jugendhilfe;
- Erfassung der relevanten Aspekte der Gesundheitsförderung für Jugendliche;
- Situationsabklärung über den Stand und die Bedürfnisse der Jugendhilfe im Kanton mit regelmässiger Berichterstattung an den Regierungsrat.

Sie sehen, damit sollte nun für alle klar werden, dass in Stadt und Kanton Schaffhausen sowohl die Koordination als auch die Beratung in Kinder- und Jugendfragen nicht nur ausreichend, sondern qualitativ gut abgedeckt und vernetzt ist.

Die Forderung der Motionärin nach weitergehenden Massnahmen ist daher gemäss Beurteilung der FDP/CVP-Fraktion materiell unbegründet.

2. Zu dem behaupteten akuten Mangel an Tagesstrukturen und spezieller Kinderbetreuung für Familien, welche aus existenziellen Gründen darauf angewiesen sind, kann vollumfänglich auf die stadträtlichen Ausführungen verwiesen werden.

Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang,

- dass ein Subventionsreglement, welches die Ausrichtung von Subventionen an private Träger von Kinderbetreuungsstätten regeln soll, derzeit in Arbeit ist;
- dass Wartelisten nach Dringlichkeit bearbeitet werden, womit Familien, welche aus existenziellen Gründen auf einen Platz angewiesen sind, bevorzugt behandelt werden können. Damit ist auch die Sozialverträglichkeit gegeben.

3. Schlussfolgerung:

Die Schaffung weitergehender Strukturen oder gar die Erstellung eines weiteren Konzeptes, so wie es die Motionärin fordert, ist aufgrund der heutigen Bestandesanalyse weder nötig noch sinnvoll.

Der Stadtrat hält zu Recht fest, dass praktisch das ganze von der Motionärin geforderte Spektrum von Stadt und Kanton abgedeckt wird.

Parallelstrukturen können und wollen wir uns nicht nur in Zeiten finanzieller Knappheit nicht leisten.

Wir sind gut beraten, die beschränkt vorhandenen finanziellen Mittel auch in Zukunft gezielt und mit klaren Leistungsaufträgen denjenigen privaten Institutionen und staatlichen Stellen zukommen zu lassen, die - wie von mir soeben ausgeführt - bereits jetzt in überzeugender Manier ihre Aufgabe erfüllen.

Es gilt heute mehr denn je, die Kräfte zu sammeln und ökonomisch sinnvoll einzusetzen. Wenn man schon nicht über beliebig grosse finanzielle Ressourcen verfügt (was zwar beklagenswert aber kurzfristig nicht zu ändern ist), soll man gemäss dem bewährten, in der betriebs- und volkswirtschaftlichen Fachliteratur nach wie vor unbestrittenen "Minimax-Prinzip" handeln: Aus den vorhandenen beschränkten Mitteln ist ein Maximum herauszuholen.

Wir haben heute mit all den von mir erwähnten privaten Institutionen gute und verlässliche Partnerinnen und Partner der staatlichen Fachstellen und Kommissionen. Dieses Potenzial gilt es weiterhin zu nutzen!

Die FDP/CVP-Fraktion wird im Sinne dieser Erwägungen die Motion Bänziger nicht unterstützen.

Sie wird jedoch wie bisher die stadträtlichen und damit auch die von privater Hand getragenen Projekte im Bereich der Jugendförderung unterstützen."

Kurt Zubler (SP) Votum

"Die Ausführungen von Kollege Raphaël Rohner haben mich etwas irritiert, weil ich nicht begriffen habe, was er hier als Antwort auf die Motion aufgezählt hat. In der Motion ist überhaupt nicht gestanden, dass all diese Institutionen, die er erwähnt hat, nicht existieren oder dass die Qualität der durch diese Organisationen geleistete Arbeit in irgend einer Weise in Frage gestellt wurde. Es geht im wesentlichen darum, dass man einen Bedarf für ein Familienzentrum ausgewiesen sieht, d.h. ein Gebäude für diese vielen Institutionen, welche tatsächlich sehr viel und gut arbeiten, die nicht nur staatlich unterstützte Arbeit leisten, die auch sehr viel ehrenamtliche Arbeit leisten, die Du aufgezählt und gelobt hast. Diese Institutionen stehen eigentlich hinter dieser Motion. Esther Bänziger hat sie erwähnt, und sie hat auch die Qualität der Arbeit dieser Institutionen überhaupt nicht in Frage gestellt. Sie hat auch erwähnt, dass es nun offensichtlich eine Kommission beim Kanton gibt, und dass hier etwas in Bewegung zu kommen scheint. Ich sehe nicht ein, weshalb wir vom Hauptthema - dieser Liegenschaft an der Rosengasse 26, welche ein einmaliges Gebäude ist mit einem wunderbaren Hof, zentral gelegen - abweichen. Hier könnten die Aktivitäten der verschiedenen Organisationen vereinigt stattfinden. Diese Institutionen haben sich ja nicht zusammengefunden, weil sie keine Raum- und Koordinationsprobleme haben. Diese Koordinationsprobleme sind nicht gelöst, nur weil es nun eine Kommission gibt. Diese Organisationen haben das Problem, weil sie überall verstreut irgendwo unterkommen müssen und verzettelt ihre Arbeit leisten müssen. Die haben das Bedürfnis, näher zusammen zu rücken. Sie sehen in diesem Gebäude - da kann ich sie nur unterstützen - eine ideale Gelegenheit, ihre Arbeit an einem wunderbaren Ort zu bündeln. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, dieses Anliegen zu unterstützen. Die Stadt möchte ich bitten, nicht aus der aktuellen Situation heraus, wo man alles wegschieben und ja keine Visionen will, die auch etwas kosten könnten, dieses Haus im Baurecht abzugeben. Das hiesse nichts anderes, als dass diese Liegenschaft mit dem wunderbaren Innenhof der Stadt für 60 oder 100 Jahre für eine solche Nutzung nicht mehr zur Verfügung stehen würde.

Dann haben wir das gleiche Problem wie mit dem Beispiel Lehrschwimmbecken Gräfler, wo wir uns nach ein paar Jahren wundern, dass wir dieses Gebäude nicht mehr zur Verfügung haben." Der Votant bittet den Rat, diese Motion auch unter dem Gesichtspunkt der Standortqualität für Familien mit Kindern zu beurteilen.

Christian Meister (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU

"Wir von der SVP/EDU-Fraktion können uns den Ausführungen von Raphaël Rohner vollumfänglich anschliessen. Er hat alle Punkte erwähnt, welche auch für uns relevant sind, weshalb wir gegen dieses Begehren sind. Wir unterstützen den Entscheid des Stadtrates, jetzt zuerst einmal zu versuchen, die Liegenschaft Rosengasse 26 im Baurecht abzugeben. Wir haben nun ja gehört, vielleicht ist der Kanton daran interessiert, diese Liegenschaft zu übernehmen. Dann können Sie versuchen, die gewünschte Nutzung gemeinsam mit dem Kanton anzustreben."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich bedaure sehr, dass die Diskussion jetzt in die falsche Richtung gegangen ist. In dieser Motion geht es ja nicht um Anklage sondern um Mischen, d.h. die Vision zu haben, die Kräfte dort zu bündeln, wo der Platz zur Verfügung steht. Das wäre das zentrale Anliegen. Ich halte dem Stadtrat sehr zu gute, dass er aufgrund seiner mangelnden Kapazität nicht Kursprojekte verfassen kann. Ich möchte aber doch bitten, auf Grund der Motion zu prüfen, in wie weit sich das auch wirtschaftlich rechnen lässt. Ich weiss nämlich, dass wir mit den Subventionen an all diese Einrichtungen, die Raphaël Rohner aufgezählt hat, die Mieten bezahlen. Die Jugendberatung z.B. ist mietmässig untergebracht; all diese Infrastrukturen kosten die Stadt im Moment auch. Daher frage ich, gibt es eine Möglichkeit, die Zusammenarbeit zu fördern, die Rechnung zu finden und das ökonomisch auch zu rechnen? Das wäre ein Projekt - das gebe ich zu -, welches mit Arbeit verbunden ist. Ich möchte Sie bitten, diesem Projekt insofern eine Chance zu geben, als wir mindestens versuchen, diesen Standort auch ökonomisch so zu nutzen, dass dort die Anliegen und Bedürfnisse der zahlreichen, in der sozialen Arbeit und Jugendszene tätigen Organisationen zusammengeführt werden könnten. Das wäre das Anliegen dieser Motion."

Lotti Winzeler (OeBS) Votum

"Ich bin froh um das Votum von Christian Hablützel. Er spricht mir aus dem Herzen, daher kann ich mich kurz fassen. Ich denke auch, dass wir die Chance nicht vergeben sollten, und dieses Gebäude nicht im Baurecht abgeben sollten, bevor wir nicht alles überprüft haben, ob hier nicht Synergien genutzt werden können. Es gibt immer noch Lücken im Angebot der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Das erlebe ich in meinem Berufsalltag. Es geht um kurzfristige Übernahmen, wo Familien in Not geraten, wo sie innert Kürze einen ausserfamiliären Platz benötigen für ihre Kinder. Zuerst sollte man ein Konzept erarbeiten. Wenn das wirklich nicht "verhebt", kann man immer noch über ein Baurecht sprechen."

Peter Neukomm (SP) Votum

"Es hat sich eine Frage ergeben aus den Ausführungen des Schulreferenten, die ich ihm gerne noch stellen möchte. Zuerst noch eine persönlich Bemerkung. Ich habe mein Büro auf den Hof dieses Hauses. Ich weiss deshalb, dass dieses Haus eigentlich das einzige Haus ist in der Altstadt, das wirklich eine kinderfreundliche Umgebung hat. Ich fände es jammerschade, wenn diese Umgebung in Zukunft nicht mehr von Kindern genutzt werden könnte."

Speziell denke ich an den Ferienpass, FerienSpaß und Ferien-Stadt. Wenn der Stadtrat dieses Haus im Baurecht ausschreiben will - es ist abzusehen, dass wir hier in der Minderheit bleiben - erwarten wir, dass er diesen Aspekt, den zukünftigen Standort des Ferienpasses, FerienSpasses und der Ferien-Stadt im Auge behält und eine Perspektive auch für die Leute, die sich hier sehr stark engagieren, anbietet, indem er den allfälligen Baurechtnehmer in Pflicht nehmen würde. Vielleicht gibt es da Möglichkeiten.

Bezüglich den Ausführungen von Raphaël Rohner muss ich schon eine kleine Korrektur anbringen. Er hat uns schon etwas provoziert mit seinen Anspielungen auf den Amtsvorgänger von Urs Hunziker. Die Verzögerung beim Jugendleitbild - das weisst Du, Raphaël Rohner, so gut wie wir -, liegt nicht in der Verantwortung des Amtsvorgängers.

Bezüglich der Arbeitsgruppe des Kantons, welche jetzt zur Koordination der Jugendarbeit eingesetzt wird, hoffe ich, dass diese das anspruchsvolle Pflichtenheft erfüllen kann. Es sind alles Leute in dieser Arbeitsgruppe, welche sonst schon zu 100% arbeiten und in verschiedenen anderen Arbeitsgruppen auch noch mitwirken. Ich bin daher etwas skeptisch, lasse mich jedoch eines Besseren belehren, dass diese qualifizierten Leute diese Aufgabe erfüllen können.

Nun zu meiner Frage. Urs Hunziker hat die Musikschule erwähnt. Meine Kinder besuchen ebenfalls die Musikschule. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass die Räume, in welchem dieser Musikunterricht erteilt wird, zum Teil in einem lausigen Zustand sind. SR Hunziker hat gesagt, dass es aus finanziellen Gründen, wegen der Sanierungsbedürftigkeit, nicht möglich sei, die Musikschule an der Rosengasse 26 unterzubringen. Es wäre ein Gebäude, wo wirklich die ganze Musikschule Platz hätte. Deshalb meine Frage, wie hoch sind denn effektiv die baulichen Investitionen, die erwartet wurden, wenn die Musikschule dort platziert worden wäre?"

Stadtrat Urs Hunziker

"Ich will diese Frage gerne beantworten. Wir haben diese bereits erwähnte Machbarkeitsstudie des Hochbauamtes. Diese geht von Kosten von 2,9 Mio Franken aus, ohne die akustische Sanierung. Wenn die akustische Sanierung dazu gerechnet wird, muss mit einer knappen Million Franken zusätzlich gerechnet werden. Soweit zur Musikschule. Wir sind im Moment mit einer Arbeitsgruppe daran, nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Es ist tatsächlich so, dass die heutigen Räumlichkeiten der Musikschule "suboptimal" sind.

Noch ein paar Worte zur Ferien-Stadt, die Peter Neukomm angesprochen hat. Wir haben bereits vor einem Jahr mit Gabriela Wichmann, welche dieses Projekt betreut, gesprochen, welche Alternativen allenfalls zu prüfen wären. Es gibt Alternativen im Bereich von Schulhäusern, um dieses sehr gute Projekt anderswo unterzubringen.

Was mir in der ganzen Diskussion aufgefallen ist, ist die starke Forderung nach einem Familienzentrum. Es geht vor allem um die räumliche Frage. Was mich in dieser Sache etwas stört, dass insgesamt von diesen Organisationen, welche an dieser Konferenz gearbeitet haben, 4 aus der Stadt und 8 aus dem Kanton stammen. Ich habe immer ein wenig Mühe damit, wenn jetzt wieder einmal mehr die Stadt in Pflicht genommen werden soll.

Wenn von Seiten des Kantons tatsächlich Interesse besteht, diese Liegenschaft zu übernehmen, so steht es dem Kanton frei, sich um das Baurecht zu bewerben und dann die entsprechenden Räumlichkeiten für diese - eben auch - kantonalen Institutionen bereit zu stellen."

Esther Bänziger (SP) Schlusswort der Motionärin

"Es war ja ein bisschen damit zu rechnen, wobei es eigenartig ist, wenn man die Motion ganz falsch verstehen will. Erstens habe ich keine dieser Institutionen bemängelt. Zweitens habe ich genau diese Institutionen, Raphaël, die Du so hoch lobst, die ich ja auch hoch lobe, aufgezählt, welche alle in dieser Konferenz integriert sind. Wieso sind sie integriert? Weil sie ein Interesse haben. Vielleicht sind sie an einem ungünstigen Ort gelegen. Ich habe betont, ich fände es schade, diese Liegenschaft Rosengasse 26 aus der Hand zu geben. Nachher haben wir nichts und fragen uns, weshalb wir dieses Haus weggegeben haben.

Raphaël, von Dir hätte ich viel lieber eine Stellungnahme auf meine Anregung gehört, was macht Ihr mit der kantonalen Sprachheilschule? Es wäre doch eine Idee, der Kanton übernimmt das Haus im Baurecht, saniert das Haus - 2,9 Mio Franken und auch ein bisschen mehr bringen wir auf. Du hast recht, Urs Hunziker, es hat viele kantonale Organisationen dabei; das habe ich natürlich gesehen.

Es wird nicht nichts gemacht für die Jugend und die Kinder, aber wenn wir einen Galgenbuck-Tunnel bauen wollen, geht es um 100 Mio Franken. Dieses Geld haben wir dann plötzlich. Das steht in keinem Verhältnis. Item, es geht um die Erhaltung dieses Hauses, dass wir das Haus nutzen können, wofür es sehr gut geeignet ist. Der Kanton könnte es sanieren, könnte die Sprachheilschule unterbringen. Das Haus ist so gross, dass wir uns eben vorstellen, dass wirklich noch einiges Platz hat wie der Hort. Da können wieder Synergien genutzt werden. Es wäre da einiges zu machen. Das bitten wir zu prüfen."

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat lehnt die Überweisung der Motion mit 23 zu 21 Stimmen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

Damit ist die heutige Traktandenliste fertig beraten.

MITTEILUNGEN

Rücktritt aus dem Grossen Stadt

Der Ratspräsident verliest das Rücktrittsschreiben von Susanna Freivogel (SP)

"Hiermit möchte ich Ihnen meinen Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat auf den 2. September 2003 bekannt geben.

Zunehmende berufliche und berufspolitische Aktivitäten machen diesen Schritt notwendig. Wie so oft, hat auch diese Entscheidung zwei Seiten. Einerseits freue ich mich darauf, etwas mehr freie Zeit zu haben, andererseits bedaure ich, dass mir dadurch die intensive Auseinandersetzung mit den Geschehnissen der Stadt verloren geht.

Die Arbeit im Grossen Stadtrat habe ich als Bereicherung erlebt, hat sie mir doch Lebensbereiche zugänglich gemacht, die mir unvertraut waren und mir gezeigt, dass auch hinter scheinbar einfachen Ja / Nein - Entscheiden oft komplexe Fragestellungen und Argumentationen verborgen sind.

Ich wünsche mir und Ihnen, dass auch in Zukunft im Grossen Stadtrat Platz für differenzierte Auseinandersetzungen bleibt und die politische Diskussion nicht auf ein eindimensionales rechts / links Schema reduziert wird.

Mit freundlichen Grüssen sig. Susanna Freivogel"

Der Ratspräsident würdigt die Arbeit des scheidenden Ratsmitgliedes.

"Susanna Freivogel wurde im Herbst 1996 bei den Gesamterneuerungswahlen in diesen Rat gewählt. Während ihrer rund siebenjährigen Ratstätigkeit hat sie eine Interpellation eingereicht und in 17 Spezialkommissionen mitgewirkt, wobei es ihr vergönnt war, die nicht ganz einfache Kommission "Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes" zu präsidieren.

Wie sie in ihrem Rücktrittsschreiben mitteilt, muss sie infolge beruflicher Mehrbelastung Prioritäten setzen.

Wir danken Susanna Freivogel für ihr Engagement und wünschen ihr auf ihrem weiteren Weg alles Gute."

Neubesetzung der Arbeitsgruppe "Quartierverkehrskonzepte"

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 1. Juli 2003 die Arbeitsgruppe "Quartierverkehrskonzepte" neu wie folgt bestellt:

Rolf Amstad	-	Vertreter der Quartiervereine
Evi Cajacob	-	Vertreterin des Langsamverkehrs
Walter Schneider	-	Vertreter der Automobilverbände
Edgar Zehnder	-	Vertreter des Grossen Stadtrates

Esther Bänziger (SP) stellt richtig: Da diese Kommission durch den Stadtrat bestellt worden ist, kann Edgar Zehnder nicht als Vertreter des Grossen Stadtrat bezeichnet werden. Wenn jemand offiziell als Vertreter des GrSR in einer Kommission Einsitz nimmt, so geschieht die Wahl durch den GrSR. Dies ist in diesem Fall - weil es sich um eine vom SR eingesetzte Kommission handelt - nicht geschehen.

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 16. Sep. 2003, 17.00 Uhr